

# SIT 85

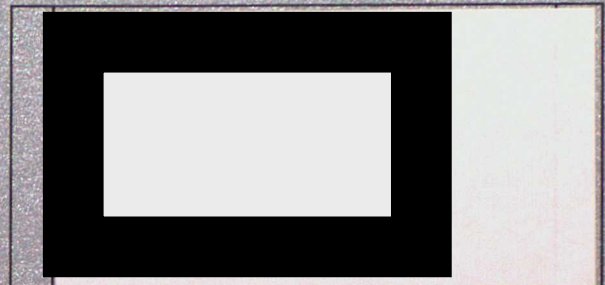
Sozialarbeit in Tirol

Informationsblatt für Mitglieder des  
obds - Landesgruppe Tirol

obds - Landesgruppe Tirol  
6010 Innsbruck, Postfach 219  
E-Mail: [tirol@sozialarbeit.at](mailto:tirol@sozialarbeit.at)  
Url: [www.tirol-sozialarbeit.at](http://www.tirol-sozialarbeit.at)  
DVR Nr. 16721  
ZVR Nr. 613283641

Dieses **SIT**

geht an



Österreichische Post AG - Info.Mail Entgelt bezahlt

**Schwerpunkt**

25 Jahre SIT



## Inhalt SIT 85

Vorwort.....	3
Georg Sponring.....	4
Jossie Brettauer.....	6
Rosalinde Kunwald.....	8
Maria Moritz.....	12
Michael Klassen.....	17
Vorstand.....	22
Wolfgang Ghedina.....	23
DOWAS.....	25
Silke Schäfer.....	26
Franziska Tauscher.....	27
Waltraud Kreidl.....	28
Andrea Kneidinger und Jakob Wohlfarter.....	31
Christina Steixner, Philipp Bechter & Melanie Pirschner.....	32
Andrea Trenkwalder-Egger.....	38
Magdalena Melcher.....	39

## Impressum

SIT - Sozialarbeit in Tirol  
Mitteilungsblatt des obds - Landesgruppe Tirol

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion:  
obds - Landesgruppe Tirol  
6010 Innsbruck, Postfach 219  
Auflage SIT 85: 210 Stück  
Druck: ARTIS Betriebe  
Oktober 2011

### SIT-Abo für Nicht-Mitglieder

Interessierte Institutionen bzw. Einzelpersonen können ein SIT-Abo (2 Ausgaben pro Jahr inkl. Porto) zu sozialarbeiterisch relevanten Themen zum Preis von 15 Euro abonnieren.

Weitere Informationen unter:  
[www.tirol-sozialarbeit.at](http://www.tirol-sozialarbeit.at)  
Bestellungen an:  
[tirol@sozialarbeit.at](mailto:tirol@sozialarbeit.at)

### Preise für Einschaltungen im SIT

Stelleninserate und Ankündigungen von  
Fortbildungs- und Ausbildungsveranstaltungen,  
Seminare:

1/1 Seite	Euro 73
1/2 Seite	Euro 37
1/4 Seite	Euro 19
1/8 Seite	Euro 10

### Werbeeinschaltungen:

1/1 Seite	Euro 146
1/2 Seite	Euro 73
1/4 Seite	Euro 37
1/8 Seite	Euro 19

### Hinweis der Redaktion

Für die namentlich gekennzeichneten Beiträge sind die AutorInnen verantwortlich. Diese Beiträge decken sich nicht unbedingt mit der Meinung des obds - Landesgruppe Tirol.

## Vorwort

Marco Uhl

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich freue mich, dass das SIT bereits seit 25 Jahren besteht! Respekt und Dank gleich an dieser Stelle an alle die dafür (mit-) verantwortlich waren. Anlässlich eines solchen Jubiläums verwandelte sich das sonst gelbe Äußere in Silber. Ich freue mich jetzt schon, auf die Ausgabe in Gold!

Üblicherweise gibt es in unseren Ausgaben eine schwerpunktmäßige Gewichtung, dieses Mal aber sind die AutorInnen im Vordergrund. Wir haben im Vorfeld versucht, Kontakt zu allen ehemaligen Vorstandsmitgliedern aufzunehmen, wir entschuldigen uns gleich bei allen, die wir nicht erreicht haben. Es war unser Anliegen, ein paar Stellungnahmen und Reflexionen dieser Personen zu erhalten und im SIT wiederzugeben. Daraus sind sehr spannende Artikel entstanden und diese wurden von Menschen geschrieben, die seit vielen Jahren in der Sozialarbeit engagiert tätig sind.

Bei der Durchsicht der vergangenen SIT's haben wir, wenig überraschend, bemerkt, dass das Thema Jugendwohlfahrt sich wie ein roter Faden durch beinahe alle SIT's zieht. Ein zweiter starker Bereich ist „Wohnen und Existenzsicherung“. Zu aktuellen Anlässen wurden andere Themen, wie Ausbildung, Drogenpolitik, Gleichbehandlung, Asyl, Behinderung, etc. schwerpunktmäßig integriert.



Abb. aus SIT Nr. 83/2010

Einige besonders nette Witze oder Karikaturen haben wir aus den alten SIT's eingescannt und diese Ausgabe eingearbeitet.

Über das Thema Berufsgesetz stolperten wir gelegentlich. Es gab immer wieder intensive Bemühungen – bis zum heutigen Tag, vorläufig noch ohne den großen Erfolg.

Der obds – Landesgruppe Tirol darf nun auch öffentlich über die Causa „Neustart“ sprechen, nachdem Waltraud Kreidl selbst medienwirksam aktiv wurde. Gemeinsam mit ihr wurde ein umfangreicher Artikel in der Tiroler Tageszeitung am 24. Juli 2011 veröffentlicht. Es wurde sowohl über die Vorfälle bei Neustart als auch bei der Sachwalterschaft berichtet.

Vereinsintern hat sich auch einiges getan. Unser Vorstand wurde um Theresa Hutter bereichert und Arbeitsgruppen haben sich gebildet. Die Arbeitsgruppe „SIT“ besteht aus Frau Mag. (FH) Cornelia Baur und mir und wir werden uns bemühen, auch die nächsten Ausgaben lesenswert zu gestalten. Über die Fortschritte der Arbeitsgruppe „Fortbildung“ lesen Sie auf Seite 31.

Ein Jubiläum lädt ein, Bilanz zu ziehen und nach vorne zu sehen. Sozialarbeit hat Vieles erreicht und noch einiges vor sich, sie lebt von den Menschen, die engagiert und hartnäckig an Verbesserungen arbeiten. Sparmaßnahmen, bürokratische Hürden und rechtliche Schikanen erschweren oft die Arbeit, teilweise werden sie auch zum Teil des Problems.

Wir freuen uns über Rückmeldungen zu dieser Ausgabe und nehmen gerne interessante Themen ins nächste SIT auf.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen.

Mag. (FH) Marco Uhl

Obmann obds – Landesgruppe Tirol  
[marco.j.uhl@gmail.com](mailto:marco.j.uhl@gmail.com)

## Georg Sponring

Zu den Stichworten: „Soziale Arbeit ist ...“, „Sozialpolitik braucht ...“ und „Berufspolitisches Engagement macht ...“

### Soziale Arbeit ist ...

für mich die Unwortkombination des ausgehenden letzten Jahrhunderts!

Wo gibt es denn noch so eine Wortschöpfung? Die manuelle oder körperliche Arbeit grenzt sich von der geistigen oder schöpferischen Arbeit ab. Aber die soziale Arbeit – wohin grenzt die sich ab? Etwa zur unsozialen, asozialen, dissozialen Arbeit? (Nebenbemerkung: Wenn Tiroler SozialarbeiterInnen sich vorstellen, sagt ja tatsächlich spätestens die/der zweite: „i bin A-SozialarbeiterIn“. Ob er/sie dabei den Bindestrich dazu denken oder ob „a“ auf gut tirolerisch doch für „auch“ steht, lässt sich selten verifizieren.)

Mit dem Begriff „Soziale Arbeit“ werden Bereiche zusammengeworfen, die so weit entfernt sind, wie im Gesundheitsbereich der Koch im Krankenhaus, die manuelle Therapeutin, der Psychotherapeut, die Transplantationschirurgin, der Krankenhausmanager, die Sozialarbeiterin u.v.m. im Gesundheitswesen. Ist nun der Sozialarbeiter im Krankenhaus ein sozial oder ein gesundheitlich arbeitender Mensch?

Aus meiner Sicht ist es ein schlampiger Versuch, ähnliche Berufsfelder zusammenzufassen, ohne dass man die einzelnen Berufe, die damit gemeint sind, genauer beschreiben muss. Gänzlich geschockt war ich, als ich in Wikipedia „Sozialarbeit“ nachschlagen wollte. Ich wurde dort auf „Soziale Arbeit“ weiter geleitet! Wie wenn es Sozialarbeit als eigenständigen Beruf gar nicht gäbe!

Abgesehen davon, dass auch dieser Beitrag in Wikipedia noch nicht als ausgefeilt anerkannt wird („Die Neutralität dieses Artikels oder Abschnitts ist umstritten“), bestätigt sich einmal mehr, dass Sozialarbeit in der Artikulation dessen, was über den eigenen Beruf zu sagen wäre, nachhinkt.

Ich habe verschiedene Thesen, warum das so ist. Die eine ist einfach die, dass den in der praktischen Arbeit Tätigen vor lauter Arbeitsdruck die Zeit fehlt und, dass speziell in Öster-

reich, die Sozialarbeitswissenschaft noch nicht so etabliert ist, dass sich so ein Artikel selbstverständlich entwickelt.

Eine andere - etwas böse - These ist, dass viele Personen in die Sozialarbeit gehen, weil man da ohne besonders große theoretische Anforderungen zu einem interessanten Beruf kommt. Damit sind in diesem Berufsfeld überdurchschnittlich viele PraktikerInnen und unterdurchschnittlich viele TheoretikerInnen zu finden.

Und meine liebste These ist, dass in der Sozialarbeit besonders viel Nonverbales täglicher Inhalt der Arbeit ist und dies auf die handelnden Personen abfärbt. SozialarbeiterInnen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sehr nahe zu den betroffenen Personen hinkommen und damit Anteil nehmen und Gegenübertragungen ausgesetzt sind. Gerade im Bereich frühkindlicher Deprivationen etwa fehlt ja den direkt Betroffenen, den Kindern, wirklich noch die Sprache. Wenn Sozialarbeiter sich damit befassen, sind sie betroffen, haben als Input Bilder, Gerüche, Geräusche, Gefühle und brauchen für die professionelle Arbeit doch sprachliche Erklärungsversuche. Ein ständiger Verbalisierungsanspruch erhöht den Arbeitsdruck dann schon beträchtlich. Und für die nächste Metaebene fehlt dann einfach oft die Energie.

Was ich in diesem Zusammenhang überdies immer wieder vermisse, ist die Übersetzungsarbeit, wie zum Beispiel die Ergebnisse aus der Bindungs- oder Resilienzforschung oder der Salutogenese für die praktische Sozialarbeit nutzbar gemacht werden können.

Mich selbst hat die Beschäftigung mit der Sozialarbeitstheorie (besonders prägend Silvia Staub-Bernasconi) fasziniert und ich bin froh, dass ich die Gelegenheit hatte, in ausführlichen Fortbildungen mir auch die Zeit für eine vertiefende Auseinandersetzung nehmen zu können. Auf einer ganz anderen Ebene berührt hat mich letztes Jahr zum Thema Sozialarbeitersprache das Theaterstück „Kaspar Häuser Meer“ von Felicia Zeller, das im Treibhaus zu sehen war. Es spiegelt krass die Arbeit am Jugendamt. Der Zusammenhang zwischen Überforderung durch den Dauer-

stress mit der diffusen, erdrückenden Verantwortung und der verwendeten hastigen, fragmentarischer Sprache kam der Realität so nahe, dass es kaum auszuhalten war. Einblicke zu verschiedenen Aufführungen gibt es auf „youtube“.

Als persönliche Gegenstrategie gegen den Überdruck versuche ich, der Bedächtigkeit immer wieder Raum zugeben. Wer zu viel rotiert, gerät bei Störungen gar zu leicht ins Trudeln (vergleiche in der Physik die Präzessionskraft beim Kreisel). Manchmal innehalten, sich auf die Präzision besinnen und die Präzession von außen zu betrachten ist ganz wichtig, damit man mit beiden Füßen am Boden bleibt und sich nicht zu schnell umwerfen lässt.

### Sozialpolitik braucht ...

ExpertInnenwissen und aus meinem politischen Verständnis eine soziale Grundhaltung. Man darf nicht vergessen, Sozialpolitik kann auch unsozial sein, das Wort „sozial“ bezieht sich in dem Zusammenhang nur auf das behandelte Thema, nicht auf die dahinter stehende Haltung. Die Erschließung von Wissen und damit einhergehend förderlicher Haltung würde voraussetzen, dass PolitikerInnen sich die Zeit nehmen, sich die wesentlichen Zusammenhänge erklären zu lassen – eine Sisyphusarbeit für diejenigen, die das Wissen weitergeben sollen, weil ja immer wieder neue PolitikerInnen mit Schulungsbedarf nachkommen. Das größte Problem sehe ich darin, dass viel zu oft mit Halbwissen oder gar Stammtischhaltung an komplexe Themen herangegangen wird. In Wirklichkeit ist das nämlich alles sehr kompliziert – leider lässt sich Komplexität nicht so leicht in die offensichtlich heutzutage notwendigen verknüpften PR-Slogans pressen (wie damals der nachhaltig in Erinnerung gebliebene Ausspruch des früheren Bundeskanzlers Fred Sinowatz: „Ich weiß, das klingt alles sehr kompliziert ...“ eher für hämische Kommentare Anlass gab, als dass seine ganzheitliche Betrachtungsweise eine Würdigung erfahren hätte).

Sozialpolitik braucht, wenn sie wirklich sozial emanzipatorisch wirksam werden soll (wie ich's mir wünsche) natürlich auch insgesamt eine soziale Politik – das heißt, auch die Wirtschaftspo-

litik, Sicherheitspolitik, Bildungspolitik etc. muss von sozialer Grundhaltung geprägt sein. Nicht zuletzt geht es nämlich um eine gerechte Verteilung von Ressourcen, damit Sozialarbeit wirklich nur für außerordentliche Problemsituationen gebraucht wird und nicht zur Armutsverwaltung eingesetzt wird. Solange Kinder in Alleinerzieherfamilien die am stärksten von Armut bedrohte Bevölkerungsgruppe sind, gibt es in dieser Hinsicht noch kräftigen Handlungsbedarf.

### Berufspolitisches Engagement macht ...

...müde.

Es geht so langsam weiter, Sozialarbeit ist finanziell so unterdotiert, das Berufsgesetz dauert .... Umso mehr freut es mich, dass sich immer wieder SozialarbeiterInnen finden, die sich berufspolitisch engagieren und dass der Vorstand unserer Landesgruppe Tirol des Berufsverbandes auch derzeit, wie mir scheint, sehr gut aufgestellt ist. Danke!

Und dass das SIT so lang überlebt hat und die Lektüre meist wirklich aufmunternd wirkt, freut mich als eines der Gründungsmitglieder natürlich besonders.

DSA Georg Sponring  
Referatsleiter Jugendwohlfahrt  
Bezirkshauptmannschaft Innsbruck

(Anm. der Redaktion: Georg Sponring war bereits 1986 bei der ersten Ausgabe des SIT im Vorstand! Später „Hauptling“ genannt)



Abb. aus SIT Nr. 18/1990

## Jossie Brettauer

*„Berufspolitisches Engagement macht Sinn und lohnt sich – trotz allem!“  
Persönliche Reflexionen über das berufspolitische Engagement im Tiroler Berufsverband mit  
einigem zeitlichen Abstand*

Als ich Mitte der 1980er-Jahre, zu Beginn meiner Tätigkeit als Diplomierter Sozialarbeiter, Mitglied des tbds wurde, war ich bereits seit August 1967 (zu Beginn meiner ersten beruflichen Tätigkeit) Mitglied des ÖGB.

Nachdem schon mein Vater Gewerkschaftsfunktionär und langjähriger Betriebsratsvorsitzender war, bestand auch für mich aufgrund meiner familiären besonderen Situation (mein Großvater und Vater waren aktive Widerstandskämpfer gegen die NS-Diktatur) kein Zweifel, dass ich Mitglied meiner Interessensvertretung wurde und mich später auch persönlich engagieren würde.

So ergab es sich, dass ich im Laufe der Zeit verschiedenste Funktionen im Landesvorstand ausgeübt habe – vom Vorsitzenden, Stellvertreter, Beisitzer, Rechnungsprüfer bis hin für ca. 10 Jahre als Delegierter für den tbds im Jugendwohlfahrtsbeirat des Landes Tirol.

Nach Beendigung meiner ehrenamtlichen Funktionen im Landesvorstand engagierte ich mich noch einige Jahre bis 2009 als Personalvertreter bzw. Personalvertretungsobmann in einer Dienststelle des Stadtmagistrates Innsbruck, zuletzt mit einer eigenen fraktionsunabhängigen Liste.

Rückblickend auf all diese langen Jahre eines berufspolitischen Engagements und mit ein wenig zeitlichem Abstand dazu ist es mir ein Anliegen, einige Gedanken über diese Engagements im Berufsverband bzw. in der Personalvertretung niederzuschreiben:

Es machte einen gravierenden Unterschied aus, ob ich im Vorstand des Berufsverbandes (BV) oder als Personalvertreter (PV) in meiner letzten Dienststelle tätig war.

Das Aufgabengebiet als Personalvertreter ist klar umrissen, nämlich die beruflichen und arbeitsrechtlichen Interessen der MitarbeiterInnen dieser Dienststelle zu vertreten und sie in den zuständigen Gremien bzw. bei den zuständigen Führungskräften zu deponieren. Vor allem unterscheidet sich die Tätigkeit als PV im Gegensatz zum BV auch insofern, als nicht nur SozialarbeiterInnen zu vertreten waren.

Beim Berufsverband hingegen sah ich das Engagement noch viel komplexer, da zwar die zu vertretende Zielgruppe „Sozialarbeit“ klarer umrissen war und „nur“ die Anliegen dieser Berufsgruppe auf dementsprechender Ebene zu thematisieren waren, aber noch ein wichtiger Faktor, meiner Meinung nach, hinzukam, nämlich die Lebenslagen der von uns zu betreuenden KlientInnen aufzuzeigen waren bzw. wären und diese im Wandel der Zeiten mit ihren Anliegen/Bedürfnissen nicht zu vernachlässigen. Diese verschiedensten Interessen als Vorstandsmitglied wenigstens ansatzweise zu berücksichtigen, ist für einen ehrenamtlich tätigen Vorstand eines so kleinen Verbandes fast ein Ding der Unmöglichkeit und scheint unbefriedigend. Nicht zu vergessen ist dabei der, zumindest lt. meinen Informationen, geringe Organisationsgrad (Verhältnis aktive SozialarbeiterInnen zu Mitgliedschaft im Verband), der offenbar eher ab- als zunimmt. Fairerweise muss man hinzufügen, dass auch die Gewerkschaften diese Probleme haben.

Die zu vertretende Zielgruppe der SozialarbeiterInnen ist auch eine sehr inhomogene, da es sowohl verschiedene öffentliche als auch private Arbeitgeber gibt und in diesem Zusammenhang sehr unterschiedliche Besoldungsschematas Geltung haben und ich hier behaupte, dass kein gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt wird. Letztlich sind in die Besoldungsangelegenheiten mindestens 3 Gewerkschaften (GPA, GdG, GÖD) invol-

viert. Diese Zersplitterung der Interessensvertretung ist meiner Meinung nach ein sehr großes Problem, da es naturgemäß bei den Mitgliedern Unzufriedenheit auslöst und sich insgeheim manche/mancher die Frage stellt, warum er/sie überhaupt Mitglied werden soll. Denn das Prinzip „Solidarität“, das für meine Generation (Jhg. 1950) noch eine andere Bedeutung hatte, wird offenbar im 21. Jahrhundert doch anders definiert. Was auch meiner Meinung nach legitim ist, da sich viele gesellschaftliche Parameter verändert haben und wir uns in einer globalen Wirtschafts- und Finanzkrise befinden, die noch viele Verwerfungen, auch für die Sozialarbeit, mit sich bringen wird.

Durch die ehrenamtliche Tätigkeit als Vorstandsmitglied waren die zeitlichen Grenzen des Engagements schon vorgegeben und konnten daher viele, auch oft von Nichtmitgliedern, geforderte Anliegen und Aktivitäten leider nicht so realisiert werden, als man sich dies auch selber wünschte. Auch deshalb, weil sie berechtigt gewesen wären.

Ich habe mir öfters Gedanken gemacht, wie ein Berufsverband in Zeiten wie diesen aussehen könnte, vielleicht in Richtung mehr Serviceorientiertheit (z. B. eine im Mitgliedsbeitrag inkludierte Rechtsschutz- und/oder Haftpflicht-Gruppenversicherung), um mehr Mitglieder zu bekommen und weil eine solche Versicherung aufgrund verschiedener Erfahrungen der letzten Jahre sicher sehr ankommen würde. In anderen Berufsverbänden soll es angeblich solche Angebote schon geben (z. B. PsychologInnen).

Insgesamt mache ich mir aber große Sorgen um die Zukunft der Sozialarbeit, eben mit dem oben genannten Hintergrund der Krise. Es wäre zu umfangreich, hier noch mehr darüber auszuführen.

Zum Schluss möchte ich aber ein klares Resümee über meine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit im Landesvorstand ziehen:

Es lohnt sich, trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse, im Berufsverband eine Funktion für eine begrenzte Zeit auszuüben, da man auch für sich selber sehr viele wichtige persönliche Erfahrungen machen und dabei viel für sich selber lernen kann. Für mich war das Engagement eine sehr wertvolle Erfahrung, die ich nicht missen möchte. Vor allem bin ich nach wie vor von der Wichtigkeit eines eigenen Berufsverbandes sehr überzeugt, wie immer er in Zukunft auch strukturell und inhaltlich aussehen möge.

Ich bewundere alle, die sich in Zeiten wie diesen, noch engagieren und ich finde es auch äußerst positiv, dass es das SIT schon seit 25 Jahren gibt.

In diesem Sinne wünsche ich dem tbds und dem SIT alles Gute und viele zukünftige ehrenamtlich tätige Vorstandsmitglieder!

Jossie Brettauer  
Reaktionen, Kritik etc. an:  
mail: [josef.brettauer@chello.at](mailto:josef.brettauer@chello.at)

(Anm. der Redaktion: Jossie Brettauer war Sozialarbeiter der ersten Stunde und ist mittlerweile im wohlverdienten Ruhestand!)

Jossie Brettauer  
Vorsitzender TBDS



Abb. aus SIT Nr. 34/1994

## Rosalinde Kunwald

*Die Entwicklung der Sozialarbeit in der Jugendwohlfahrt in den letzten 25 Jahren!*

Ich freue mich, für die 25-Jahr-Jubiläumsausgabe des SIT, einige Zeilen über die Entwicklung der Jugendwohlfahrt aus meiner Sicht, in diesem Zeitraum beitragen zu dürfen, wenn es mich auch ein wenig erschreckt hat, dass ich bereits fünf Jahre länger in der JUWO tätig bin, als es das SIT gibt!

Ich habe 1981 als damals 21-jährige Sozialarbeiterin in der behördlichen Sozialarbeit begonnen und bin deshalb immer noch in diesem Bereich tätig, weil ich nach wie vor überzeugt bin, dass diese Arbeit sehr sinnvoll und notwendig ist, und solange ich diese Überzeugung habe, und eine gewisse Freude empfinde, werde ich möglicherweise nochmals 10 Jahre dranhängen, also bis zu meiner Pension!

Wenn ich darüber nachdenke wie sich die Arbeit, die Bedingungen, die Voraussetzungen usw. seit meinen Anfangsjahren verändert haben, fällt mir so viel ein, dass ich das Gefühl habe, es waren sogar noch mehr Jahre.

Das sind zum einen die gesetzlichen Veränderungen und behördlichen Umstrukturierungen, die die Arbeit immer wieder verändert haben.

Zum anderen haben wir als Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen (in Folge „SA“ genannt) in den Dienststellen der öffentlichen Jugendwohlfahrt durch unser Engagement und Aufgreifen von Ideen auch massive Veränderungen bewirkt, sei es, bessere Arbeitsbedingungen wie Arbeitsplatz und Arbeitsmittel zu erhalten, wie auch fachliche und professionelle Kriterien umzusetzen.

Ich war vor Antritt meines Karenzurlaubes 3 ½ Jahre ein Teil des 8-köpfigen SA Teams der BH Innsbruck. Wir hatten damals zwei Büroräume mit einem Eingang und einer Durchgangstür mit zwei Telefonen und zwei Schreibmaschinen der Marke „Adler“, die stehen heute höchstwahrscheinlich im Museum.

Damals war aber das Telefon auch nicht so ein wichtiges Kommunikationsmittel, da viele unserer KlientInnen nicht einmal Telefon hatten und die Dokumentation sich auch sehr in Grenzen gehalten hat, was gerade beim Durchschauen von alten Akten heute sehr auffällt. Hausbesuche wurden kaum vorher telefonisch vereinbart, sondern von den SozialarbeiterInnen durchwegs unangemeldet durchgeführt. Heute sind diese unangemeldeten Hausbesuche eigentlich nur mehr bei massiven Gefährdungsmeldungen üblich, auch wenn sie vom Umfeld gefordert werden.

Im Jahr der ersten Erscheinung des SIT bin ich gerade aus der einjährigen Babypause halbtags an meine Dienststelle in der JUWO Innsbruck Land zurückgekehrt. Das war auch ein Novum, da ich damals die erste Frau in der BH war die nach der Karenz nicht gekündigt hat, sondern halbtags weiter gearbeitet hat. Allerdings war es nicht die erste Halbtagsstelle, die hatten nämlich in der JUWO zwei Männer inne, die sich aus anderen Gründen eine Stelle geteilt haben. Inzwischen hat sich die Teilzeitarbeit der SA in den Jugendwohlfahrtsreferaten etabliert. Das hat den Vorteil, dass zum einen auf eine bewilligte Anzahl von Planstellen mehr Personen kommen, und daher mehr Möglichkeiten bestehen in Teams zu arbeiten, Projekte auszuarbeiten usw..

Zum anderen stehen SA, die aus persönlichen Gründen nicht die Möglichkeit haben, Vollzeit zu arbeiten wieder den Referaten zur Verfügung, gerade auch nach Karenzzeiten, die auch noch Erfahrung in der JUWO-Tätigkeit haben und so Wissen erhalten bleibt.

Im Jahr 1986 war noch ein sehr überaltertes Jugendwohlfahrtsgesetz in Kraft und seit Jahren war ein neues Gesetz angekündigt, aber so wirklich hat niemand daran geglaubt, dass dies so schnell umgesetzt würde.

Zum damaligen Zeitpunkt war im Gesetz verankert, dass für alle außerehelich (ae) geborenen Kinder die Jugendwohlfahrt die Vormundschaft hatte und die SA die so genann-

ten Mündelbesuche mindestens einmal jährlich machten. An Erziehungshilfen gab es lediglich Fremdunterbringungen in den zur Verfügung stehenden Einrichtungen. Außerdem gab es auch noch die gerichtlich angeordnete Fürsorgeerziehung. Dafür standen die Erziehungsheime für Burschen in Kleinvolderberg und für die Mädchen St. Martin in Schwaz zur Verfügung. Diese Maßnahme wurde bei Gericht beantragt und bei Begründung relativ schnell, auch gegen den Willen der Eltern und der Minderjährigen (mj.) durchgesetzt.

Die Unterstützungen in den Familien, wie Beratungen, wurden ausschließlich von den JugendwohlfahrtssozialarbeiterInnen durchgeführt.

Die Zuständigkeiten der SA umfasste damals ein noch viel größeres Gebiet (über 20.000 Einwohner pro SA) und zusätzlich wurde auch noch die Mütterberatung und die Tuberkulosenfürsorge mit betreut und organisiert.

Kriseneinrichtungen gab es keine, was nicht heißt, dass es keine Krisen gegeben hat und so war es notwendig, dass die SA sehr erfinderisch waren, um Kinder und Jugendliche, die von heute auf morgen auf der Strasse standen, zumindest kurzfristig unterzubringen, wie zum Beispiel bei bekannten Pflegefamilien oder sonstigen Familien, die man von der Arbeit kannte.

Manche Kinder haben auch die Räume der Jugendwohlfahrt kennen gelernt, da sie dort die Zeit verbrachten, bis für sie ein Platz gefunden wurde.

Im Jahr 1989 ist tatsächlich das neue Jugendwohlfahrtsgesetz in Kraft getreten. Es beinhaltete neue Möglichkeiten der Hilfen durch die Jugendwohlfahrt. Die Vormundschaft für ae Kinder wurde abgeschafft. Die JUWO war nicht mehr automatisch für diese Kinder zuständig. Vormundschaften gab es nur mehr für Kinder mj. Mütter bis zu deren Volljährigkeit oder die JUWO wurde gerichtlich bestellt, und man sprach auch nicht mehr von Vormundschaft sondern von Ob-sorge.

Der Schutz des Kindes und der Familie als solche ist mehr in den Mittelpunkt getreten und es wurden alle Kinder gleich behandelt,

egal ob außerehelich oder ehelich. Bis dahin war es eher schwierig auch ehelichen Kindern genügend Schutz anzubieten, wenn es nicht Meldungen gegeben hat, und früher waren Gefährdungsmeldungen nicht sehr häufig.

Im Gesetz ist ganz klar hervorgegangen, dass die Familien zu unterstützen sind, damit die Kinder in ihren Familien verbleiben können. Dazu wurden für die JUWO-Budgetposten geschaffen, so dass neben den vollen Erziehungen auch ambulante Familienunterstützungen angewendet werden konnten.

Es haben sich auch Vereine gebildet, die angetreten sind ambulante Unterstützung anzubieten um Fremdunterbringungen zu vermeiden. Dies ist in vielen Fällen gelungen, nachdem aber auch nicht wirklich alle Eltern, aus welchen Gründen auch immer, erziehungsfähig waren und sind, sind Fremdunterbringungen trotzdem geblieben. Die Einrichtungen haben sich aber massiv verändert, es entstanden Wohngemeinschaften und die großen Heime wurden nach und nach verändert und teilweise auch aufgelöst.

In den letzten Jahren haben die Überforderungen in den Familien zugenommen, so dass sowohl die Unterstützungen der Erziehung als auch die Fremdunterbringung eklatant gestiegen ist. Daher wurden viele zusätzliche Plätze für Kinder und Jugendliche geschaffen mit unterschiedlichen Anforderungen zur Problemlösung. Und trotzdem ist es in der Praxis sehr oft der Fall, dass es für die SA sehr viel Aufwand bedeutet einen geeigneten Platz zu finden. Kriseneinrichtungen wurden geschaffen und Beratungsstellen haben sich vermehrt durchgesetzt und wurden auch in den Bezirken eingeführt.

Die ambulanten Hilfen wurden von den SA in den Referaten angeboten und an externe Vereine oder Einzelpersonen vergeben.

Auch wurde das Gewaltverbot in der Erziehung eingeführt und der Kinderschutz in den Vordergrund gestellt.

Die Aufgabe der JUWO war es, diesen Kinderschutz auch einzufordern und alle Kinder gleichmäßig zu schützen.

Im Jahr 2001 ist das neue Kindschaftsrechtsänderungsgesetz in Kraft getreten, mit einigen wesentlichen Punkten u. a. die gemeinsame Obsorge, auch nach Scheidungen für die Eltern. Es beinhaltete auch das Anhörungsrecht der Kinder. Diese Aufgabe übernahmen die SA der JUWO-Referate für Kinder von 6 bis 14 Jahren.

Aufgrund von ausgearbeiteten Projekten der SA der JUWO, wie z. B. das Pflegekinderwesen, war es möglich, dass neue Planstellen geschaffen wurden, so dass die Fallzahlen für die einzelnen SA gesunken sind.

Die beengten Räumlichkeiten und die Ausstattung in den Referaten, sowie der Gedanke des Gemeinwesens haben dazu geführt, dass die SA in ihren Gemeinden Sprechstunden eingeführt haben und dabei auch von den Gemeinden unterstützt wurden.

Ich kann mich an noch gut daran erinnern, als ich im Jahr 1986 mit einer Gemeinde übereingekommen bin, dort wöchentlich Sprechstunden abzuhalten. Der Bürgermeister war sehr bemüht, allerdings waren auch dort die Räume beengt. So wurde kurzerhand in einem Gemeindesaal (besteht für 200 Plätze) in einer Ecke ein Tisch aufgestellt und eine Steckdose für das Telefon installiert. Dieses habe ich dann immer kurz vor der Sprechstunde im Gemeindeamt abgeholt und anschließend wieder zurückgebracht. Manchmal hat bei meinem Eintreffen bereits die Steckdose geläutet, bevor ich das Telefon einstecken konnte. Die Sprechstunde wurde sehr genutzt und sie gibt es heute noch, allerdings haben sich die Räumlichkeiten verbessert.

Natürlich haben sich im Laufe der Zeit auch die Räumlichkeiten in den BH's verändert und die Büroausstattung wurde verbessert. Vom Telefon für mehrere SA mit schriftlicher Anmeldung eines Gespräches mit Vorwahl hin bis zu Telefonen für jeden SA mit Anrufbeantworter und teilweise sogar Mobiltelefonen.

Die Adler-Schreibmaschinen wurden von elektrischen Schreibmaschinen und später sogar von Computern abgelöst, auch Diktatfone standen zur Verfügung, um die Doku-

mentation besser auszuführen und vor allem auch Zeit zu sparen. Inzwischen gibt es ein eigenes Programm, das „JUWIS“, das allerdings noch nicht ganz ausgereift und auch noch nicht fertig gestellt ist.

Schriftliche Umläufe, die von jedem „nacheinander“ gelesen und abgezeichnet wurden, sind im Computerzeitalter durch Mails ersetzt worden, die allen gleichzeitig gesendet wurden und so die Kommunikation schneller von statten ging.

Natürlich stiegen damit auch die Anforderungen an die SA. Es wird erwartet, dass Mails sofort beantwortet werden und gleichzeitig die Arbeit Vorort passiert und natürlich sollten sie auch noch jederzeit telefonisch erreichbar sein.

Es gab aufgrund von Qualitätssicherung ein Handbuch (welches von den MitarbeiterInnen der BH Innsbruck erstellt und dann über die Fachabteilung in den anderen Referaten eingeführt wurde), in dem die Arbeit der JUWO aufgelistet und beschrieben wurde, mit samt Arbeitsanweisungen.

Aufgrund dieser Beschreibungen wurde die Mütterberatung auf andere Bereiche verlagert und nicht mehr von den SA der JUWO ausgeführt. (Die Tuberkulosenfürsorge, wurde schon viel früher gestrichen.)

Es ist nach wie vor so, dass jeder SA einen eigenen Sprengel hat, es wird aber in Teams gearbeitet und die SozialarbeiterInnen haben gegenseitige Unterstützung.

Die Arbeit in den Referaten hat sich dahingehend geändert, dass die SA zum Großteil Gefährdungsabklärungen vornehmen und nur kurzzeitig mit Familien selbst arbeiten können. Weitere Aufträge werden an externe Personen vergeben.

Die Vielfalt der Betreuungseinrichtungen, die ich sehr begrüßt habe und die auch eine Erleichterung für die JUWO sind und auch als Hilfestellungen für die Familien gedacht sind und angenommen werden, können aber auch nicht alle Probleme lösen.

Die ungelösten Fälle landen in der JUWO, was für die SA heißt, dass die meisten Fälle die bei uns landen sehr schwierig sind und eigentlich meistens bereits eine Krise beinhalten.

Aufgrund der vielen verschiedenen Einrichtungen ist es notwendig, sich mit diesen zu vernetzen, um nicht mehrgleisig zu arbeiten, was allerdings auch viel Zeit in Anspruch nimmt.

Aus meiner Sicht ist die Steigerung der Krisenfälle, das massive Ansteigen der Gefährdungsmeldungen auch der Grund, dass SozialarbeiterInnen in der JUWO sehr gefordert und gerade neue SA schnell mal überfordert sind, da es in unserem Bereich auch nicht die Möglichkeit gibt, Fälle nicht anzunehmen. Dies führt dazu, dass in den letzten Jahren SA kaum mehrere Jahre in der JUWO tätig sind.

Gerade durch die Sensibilisierung, aufgrund von in der Öffentlichkeit behandelten Fällen, ist die Zahl der Gefährdungsmeldungen um ein Vielfaches gestiegen und es ist an der Tagesordnung, dass die SA geplante Arbeit verschieben müssen, um die Gefährdungen sofort abzuklären und sehr oft muss sofort eine Maßnahme gesetzt werden.

In früheren Jahren, als es vor allem im ländlichen Bereich noch keine anderen Beratungseinrichtungen gab, haben die SA der JUWO unterschiedliche Situationen bearbeitet und teilweise durch Beratungen recht gute Erfolge erzielt, sodass auch durch mehrere Erfolgserlebnisse die psychische Belastung der SA geringer wurde.

Durch die Ausgliederung der Mutterberatung wurde natürlich Zeit gewonnen. Aber gerade die Durchführung der Mutterberatung hat sehr viele positive Aspekte beinhaltet.

Zum einen konnten gerade junge Mütter durch Gespräche aus sozialarbeiterischer Sicht angeleitet werden, außerdem war es eine Abwechslung zu den manchmal sehr schwierigen Hausbesuchen.

Zum anderen haben die Familien die SA der Referate bei dieser Tätigkeit kennen gelernt und bei eventuellen späteren Befassungen haben sie diesen mehr Vertrauen entgegengebracht.

Ich habe viele Jahre denselben Sprengel betreut und es ist sehr selten vorgekommen, dass ich mit Familien die ich aufgrund von Schwierigkeiten oder gerichtlichen Befassungen kontaktiert habe, nicht schon

vorher gekannt habe. Dies hat die Arbeit sehr erleichtert.

Gerade bei Gefährdungsmeldungen und in Ausnahmesituationen fiel es mir leichter abzuschätzen, ob die Personen aufgrund der Situation sich in einem Ausnahmezustand befinden oder sie eben schon länger überfordert sind.

Deshalb waren auch nicht so oft Krisenunterbringungen notwendig. Außerdem hat es zu diesem Zeitpunkt flächendeckend Hebammen gegeben, die auch von den Gemeinden ein so genanntes Wartegeld erhielten. Diese haben auch in unserem Auftrag alle Familien besucht und konnten gerade unsichere Eltern gut anleiten.

Zusätzlich habe ich bei Gefährdungen von Babies und Kleinkindern zuerst immer die Hebamme gebeten einen Hausbesuch vorzunehmen, diese konnte auch die Gefährdung bei dieser Altersgruppe gut einschätzen. Die Familien haben nicht gleich skeptisch reagiert und konnten dann das hinzuziehen der SA besser hinnehmen, da sie die Zusammenarbeit auch von der Mütterberatung kannten.

Es gebe noch sehr viel zu sagen, aber mehr ins Detail zu gehen, würde diesen Rahmen sprengen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass es sehr viele Veränderungen in der Arbeit der JUWO in den letzten 25 Jahren gegeben hat, dass die Anerkennung der SA der Jugendwohlfahrt sehr gestiegen ist, was man durch Äußerlichkeiten wahrnehmen kann, wie z. B. Büroausstattung, Anerkennung der Verantwortung.

Aufgrund einzelner Fälle, in denen der Jugendwohlfahrt Versagen im Kinderschutz vorgeworfen wurde, ist auch für die Politik ersichtlich geworden, dass eine Aufwertung der Jugendwohlfahrt notwendig ist und ein Einsparen von Budgetmitteln und Planstellen der falsche Weg ist.

So gab es in den letzten Jahren eine Aufstockung von 5 Planstellen und im Jahr 2012 nochmals tirolweit um 9 Planstellen.

Außerdem wurden die Referate aufgewertet und sind nun keine Fachbereiche sondern eigene Referate.

Es ist zu hoffen, dass durch all diese Maßnahmen, die Arbeit besser bewältigbar wird. Bleiben wird eine große Verantwortung für die einzelnen SA, auch wenn der Rückhalt des Teams und der Referatsleitung sowie auch der Fachabteilung ungleich größer ist, alleine schon durch die vorgegebenen Arbeitsschritte.

Diese Verantwortung wird der JUWO von Außen zugeschrieben und beinhaltet einen hundertprozentigen Kinderschutz mit hellseherischen Fähigkeiten. Dass dies dann auch noch, wie in bereits abgehandelten

## **Maria Moritz**

### *Jugendwohlfahrt – am Scheideweg?*

Die Jugendwohlfahrt ist und bleibt ein zentrales Handlungsfeld in der Sozialarbeit!

Historisch gesehen war in Mitteleuropa die Jugendwohlfahrt der erste Bereich in der Wohlfahrtspflege, der staatlicherseits organisiert wurde in Form von Waisenfürsorge und Mündelversorgung. Die ersten ausgebildeten Fürsorgerinnen wurden meines Wissens ebenfalls in diesem Bereich vor allem eingesetzt. Sie waren die erste große Gruppe von SozialarbeiterInnen (damals Fürsorgerinnen), die sich in landesweiten Verbänden organisierten.

Was sich aber durch die Geschichte der Sozialarbeit in Österreich durchgehend nachlesen lässt, ist die Tatsache, dass die Jugendwohlfahrt immer von der Administration geleitet und von der Politik bzw. den gesellschaftlichen Strömungen stark abhängig war und ist.

Das Problem des Doppelmandats in der Jugendwohlfahrt wird von zahlreichen und viel kompetenteren AutorInnen, als ich es bin, behandelt.

Der Aspekt der Kontrolle ist in der Jugendwohlfahrt immer dominant und wurde auch immer gesellschaftlich gestützt. Wie viel Kontrolle und was Gegenstand der Kontrolle sein sollte, das variierte stark und ist historisch gesehen von einem dramatischen Auf und Ab geprägt.

Verfahren auch von den Gerichten eingefordert wird, erschwert die Machbarkeit dieser Arbeit.

Es ist zu wünschen und vor allem notwendig, dass die strafrechtliche Absicherung der SA in der JUWO nicht nur diskutiert, sondern eine Tatsache wird, damit es vermehrt MitarbeiterInnen gibt, die sich dieser Arbeit stellen wollen und nicht nur kurzzeitig bleiben.

DSA Rosalinde Kunwald  
Referatsleiterin Jugendwohlfahrt  
Bezirkshauptmannschaft Schwarz

Vor 1914 war es wichtig, die Kinder und Jugendlichen aus den Arbeiterschichten zu Ordnung und geregelter Arbeit zu erziehen. Im Ersten Weltkrieg und unmittelbar danach wurde der Fokus auf die Versorgung der Grundbedürfnisse gerichtet, daran anschließend die Verbesserung der hygienischen und gesundheitlichen Situation großer Teile der Bevölkerung. Daraus entwickelte sich im Einklang mit den Strömungen der Zeit eine mehr und mehr eugenische Sichtweise. Dies bedeutete, Kinder aus schlechtem familiärem Umfeld zu entfernen. Schlechte sanitäre Verhältnisse, Krankheit der Erziehungspersonen, Suchtverhalten bei den Eltern wurde als Vorstufe zu einer „kriminellen Karriere“ oder zu „Verwahrlosung“ angesehen.

Diese Sichtweisen führten wenig später auf direktem Wege in die Katastrophe des Dritten Reiches. Aussonderung war eine der Hauptaufgaben in der Jugendwohlfahrt, wobei es Wohlfahrt nur für rassisch und politisch unbedenkliche, genetisch oder gesundheitlich für gut befundene Kinder und Familien gab. Eine Klassifizierung wie „Verwahrlosung“, „Asoziale“ und „unwertes Leben“ bedeuteten ein Todesurteil oder den Weg über unendlich langes Leiden.

Die damals gut organisierte Jugendwohlfahrt setzte dem kaum Widerstand entgegen. 1941 erst haben die Kirchen durch gemeinschaftlichen Protest erreicht, dass das Eu-

thanasieprogramm T4 von Berlin aus gestoppt wurde. Es wurde aber unter anderem Namen weiter fortgesetzt bis zum Ende der Nazizeit. Der Name Hartheim wird ein dunkles Symbol dafür bleiben.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war vorerst wiederum die Befriedigung der Grundbedürfnisse, hygienische und gesundheitliche Versorgung im Vordergrund. Diese Prämissen erforderten keine großen Umstellungen in den Methoden und Einrichtungen, es konnte fast nahtlos an die Methoden in der Zwischenkriegszeit angeknüpft werden. Klassifikationen wie Verwahrlosung oder nicht, Ordnung, Sauberkeit und Pünktlichkeit oder nicht, schlossen an alten Ideologien an. Es war gang und gäbe nach diesen äußerlichen Kriterien zu entscheiden, ob Kinder oder Jugendliche in Einrichtungen wie Kinderheimen und Erziehungsanstalten untergebracht wurden. Die Erziehungsmaßnahmen dort waren ebenfalls von Methoden geprägt, die Zucht und Ordnung herstellen und aufrecht erhalten sollten. Viel Gewalt und Missbrauch geschah dabei, die vielfach erst jetzt an die Öffentlichkeit kommen und teilweise aufgearbeitet werden.

Erst die Jugendproteste der 60er Jahre und der Aufbruch einer neuen Generation von SozialarbeiterInnen, die bereits in der Ausbildung mit neuen Methoden bekannt gemacht wurden, brachte einen großen Umschwung in den Sichtweisen und den angewandten Methoden in der Jugendwohlfahrt.

Die Studentenproteste erzielten die Öffnung der Psychiatrie und einige Jahre später die Öffnung der Erziehungsheime.

Grosse Institutionen wurden nach und nach abgebaut und durch kleine Einheiten, familienähnliche Konstruktionen, WGs ersetzt. Diese Entwicklung ist noch nicht ganz abgeschlossen. Die gegenwärtigen Sparpläne in den Landesregierungen verhindern teilweise diese Art von Reformen, auch da sie personalintensiver sind.

Was die innere, oder man könnte sagen auch ideologische Reform betrifft, so kann eine sehr lange und mühsame Entwicklung aufgezeigt werden.

Schon sehr bald nach 1945 brachten einige Emigranten die „neuen“ Methoden (Case-Work, Familiencounseling, tiefenpsychologische, soziopsychiatrische und psychotherapeutische Familienhilfe) aus England und USA nach Österreich und versuchten diese zu etablieren, was nur unter großen Schwierigkeiten erfolgte. Gute Ratschläge von EmigrantInnen, noch dazu vielleicht von jüdischen EmigrantInnen waren im Nachkriegsösterreich nicht willkommen.

Dennoch versuchten Persönlichkeiten wie Anne Kohn-Feuermann (Casework und Gründung der Child Guidance Clinic in Wien), Rosa Dworschak (Child Guidance Clinic) und Elisabeth Schilder (Gründerin der Bewährungshilfe) neue Methoden in der Praxis der Sozialarbeit und in der Ausbildung zu verankern.

Die Sicht auf die ganz persönlichen Probleme und persönlichen Lebensumstände wurde nach und nach Standard. Danach wurde die Entwicklung der Methoden in der Jugendwohlfahrt durch systemische Sichtweisen und Empowerment nachhaltig verändert.

In der Jugendwohlfahrt wurden Generationen von SozialarbeiterInnen darin geschult und die Zahl der Ressourcen, die bei besonderen Problemlagen hinzu gezogen werden konnten um ein Vielfaches vergrößert.

Grundprinzip dieser Methoden war immer eine ganzheitliche Sichtweise der Person, mit all ihren Eigenschaften, mit ihrer ganz persönlichen Geschichte, ihren persönlichen Fähigkeiten und Ressourcen, die sie selbst mobilisieren konnte. Hilfe von außen soll erst dann einsetzen, wenn diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind oder eine akute Gefährdung im Raum steht.

Aus der Sicht der SozialarbeiterInnen am Jugendamt bedarf es dazu Zeit und genügend KollegInnen, die sich mit der Gesamtsituation einer Familie auseinander setzen können. Das Zuschalten von externen Hilfen sollte rasch und flexibel erfolgen sowie ausreichend lange aufrecht erhalten werden.

Die institutionalisierte Hilfe in der Jugendwohlfahrt blieb aber nicht von der ökonomischen Situation abgekoppelt. Insbesondere kostenintensive Abteilungen der öffentlichen

Verwaltung wurden kritisiert und intensiv hinterfragt. Die Philosophie und die Methoden des „new public management“ wurden sehr rasch auch in den Köpfen der LeiterInnen der Verwaltung implementiert und die Arbeit und der Zeitaufwand der SozialarbeiterInnen sollte zählbar und berechenbar gemacht werden. Hinhaltender Widerstand wurde in vielen Abteilungen aufrecht erhalten, konnte aber die generelle Entwicklung nicht verhindern.

Die Sozialarbeit in der Jugendwohlfahrt steckte damit in einem besonderen Dilemma.

*Nur ein Gedankenexperiment:* Wenn Leistungen der Jugendwohlfahrt in einer einfachen Zählweise nur an Kindesabnahmen gemessen würde, dann würde die Zahl von Kindesabnahmen ganz sicher steigen.

Das aber war und ist nicht erwünscht und gesetzlich nicht gedeckt.

Wenn das Jugendwohlfahrtsgesetz vorgibt, dass vorerst das „gelindere Mittel“ angewandt werden soll, dann bedeutet dies, mehr Zeit investieren und mehrere Versuche machen, Eltern oder Jugendliche durch Betreuung, Kontrolle, Gespräche oder andere Hilfsangebote zu Verhaltensänderungen zu bewegen. All dies ist schwer oder nur unzureichend quantifizierbar. Dazu kommt noch, je mehr Zeit dafür gebraucht wird, um so mehr wird die Effektivität oder Kompetenz von SozialarbeiterInnen angezweifelt. Insbesondere, wenn diese Versuche fehlschlagen und Kinder nicht vor Gewalt und Missbrauch geschützt werden können.

Die neuen Ideologien setzen aber immer bei der größten Kostenstelle, bei der Personaleinsparung an, um eine straffere Verwaltung zu erzielen.

In der Jugendwohlfahrt führte dies aber zu kontraproduktiven Ergebnissen.

SozialarbeiterInnen konzentrieren sich daher vorrangig, wie es ihr gesetzlicher Auftrag vorgibt, vor allem auf die Gefährdungsabklärung. Diese soll schnell und effektiv erfolgen, Einschätzungen womöglich bereits nach einem Erstkontakt mit einer Familie abgegeben werden. Nur keine lange Abklärung mit vielen Gesprächen oder Hausbesuchen. Das bedeutet heute angeblich „effektiv arbeiten“ in der Jugendwohlfahrt.

Aus meiner Sicht ist das ganz entschieden zu bezweifeln und eine Entwicklung, die massiv die Qualität und die Methoden in der Sozialarbeit und damit auch das Image und das Prestige von SozialarbeiterInnen untergräbt.

Wenn es so weiter gehen sollte, dann kehrt die Jugendwohlfahrt zurück in dunkle Zeiten, wo schnell klassifiziert wurde und schnell Eingriffe in die Familien als gerechtfertigt angesehen wurden.

Präventive Arbeit, Betreuungsarbeit und Aufbau von einem Vertrauensverhältnis mit den Familien und Jugendlichen sind nicht gefragt.

Es werden anzweifelbare Methoden der Klassifizierung und Zählung von Arbeitsschritten entwickelt, die den Personalbedarf berechnen helfen sollen, zugeschnitten auf die jeweilige Situation der Abteilung.

Dahinter steht in Wirklichkeit das Einsparungsgebot, es sollen auch diese Methoden helfen aufzuzeigen, dass eh noch Personalreserven vorhanden sind.

Keine einheitliche und wissenschaftlich anerkannte Methode ist bisher in Österreich entwickelt worden, um die „Caseload“ für SozialarbeiterInnen zu bestimmen.

Begleitend zu dieser Entwicklung gibt es die Situation, dass seit 2007 das Jugendwohlfahrtsgesetz reformiert werden soll, dies aber nach wie vor am Widerstand der Bundesländer scheitert. Nicht inhaltliche Fragen sind es, nicht Fragen des Datenschutzes oder der einheitlichen Dokumentation, die die Verzögerungen herbeiführen. Es sind die Kosten, die die Länder nicht aufbringen wollen, um in der Jugendwohlfahrt eine zeitgemäße Anpassung der Methoden (wie das viel zitierte Vieraugenprinzip in der Gefährdungsabklärung) durch zu führen und eine ausreichende Zahl von SozialarbeiterInnen anstellen zu können.

Wenn ein spektakulärer Fall passiert, der Empörung in der Öffentlichkeit hervorruft, dann fühlen sich die Verantwortlichen in den Landesregierungen, also die Arbeitgeber der Jugendwohlfahrt, nicht angesprochen. Die Last der Verantwortung wird, leider so die Erfahrung aus den Fällen in Tirol und OÖ, auf die Sozialarbeit an der Basis abgewälzt.

Politisch wird dann der Ruf nach mehr Kontrolle laut.

Die personalen Engpässe führen darüber hinaus auch dazu, dass unterschieden wird, welche Maßnahmen vorrangig sind und welche Angebote nicht mehr von der Jugendwohlfahrt durchgeführt werden. Dies bewirkt, dass auch bei den KlientInnen unterschieden wird, wer bedürftig genug ist, um Betreuung und Unterstützung zu erhalten. In krassen Fällen gehen Überlegungen sogar schon in eine Richtung, wo unterschieden wird, welche KlientInnen würdig sind und welche nicht.

Anhand dieser Situationen kann man leicht ermessen, dass die Grenze zur Verletzung von grundlegenden Rechten von KlientInnen bereits erreicht ist.

Es ist kein Zufall, so meine ich, dass gerade jetzt, nach vielen Jahren des neoliberalen Einflusses in der Sozialarbeit, die Diskussion über das sog. Tripelmandat und die Orientierung in der Sozialarbeit an den Menschenrechten aktuell geworden ist wie schon lange nicht.

SozialarbeiterInnen in allen Arbeitsbereichen spüren sehr deutlich, dass die Grenzen zur unmenschlichen Behandlung - eben für sie ganz persönlich - erreicht sind, ja gar nicht selten sogar von Arbeitgebern verlangt wird, diese zu überschreiten.

Für die Profession Sozialarbeit ist dies nicht hinnehmbar. Nicht einmal in kleinen Ansätzen darf die Sozialarbeit nachgeben und die Grundwerte von Menschen in Frage stellen als Alternative zu einem angemessenen Hilfsangebot.

Auch Verwaltung und Politik sind den Grundrechten verpflichtet und haben alle ihre Maßnahmen, inklusive der Auswirkungen ihrer Einsparungsmaßnahmen auf die betroffenen Menschen, an diesen Grundrechten zu messen.

**Ja**, die Jugendwohlfahrt befindet sich an einem Scheideweg! Die Gesellschaft ebenfalls.

Kann öffentliche Armut und unzureichende Versorgung der schwächsten Gruppen in unserer Gesellschaft auf Dauer hingenommen werden, während die Kluft zu den Reichen und Privilegierten immer größer wird,

die Profite dorthin abgeschöpft werden, hingegen die öffentliche Verwaltung und somit die Jugendwohlfahrt in Österreich wie vieles im Sozialbereich finanziell ausgehungert wird?

Es gilt den vielleicht steilen und schwierigen Weg zu nehmen, nämlich bei allen Reformen die Menschenrechte und die Kinderrechte nicht aus den Augen zu verlieren, sondern diese bewusst als Richtschnur aller Maßnahmen einzubeziehen.

Das kostet vielleicht Geld, aber lange nicht so viel wie überhand nehmende Maßnahmen der öffentlichen Sicherheit, wie die Kosten für Gefängnisse oder Therapien und die Rehabilitation nach Gewalt und Drogenabusus.

Sozialarbeit darf nie mehr, so wie es in Österreich zwischen 1938 und 1945 passiert ist, ein Werkzeug von unmenschlicher und restriktiver Politik werden. SozialarbeiterInnen dürfen nicht in die Position gebracht werden, entscheiden zu müssen, wer ist würdig Hilfe zu bekommen, egal wie bedürftig jemand ist.

SozialarbeiterInnen sind nicht die verlängerten Arme restriktiver politischer Systeme, sie haben die Verantwortung für ihre Profession Menschlichkeit und Menschenwürde einzufordern, sie arbeiten nach dem Ethik-Kodex der Profession und sie haben Rechte. Der IFSW-Europe e.V. (der Internationale Berufsverband) hat dieser Tage eine Charter of Rights für SozialarbeiterInnen verabschiedet. (An den Artikel anschließend und auf der Homepage des obds).

Dies geschieht nicht zufällig gerade jetzt, sondern weil es sehr notwendig ist, die unumstößlichen Prinzipien der Profession aufzuzeigen und sichtbar zu machen.

DSA Maria Moritz

Psychologin  
Kommunalpolitikerin in Wien  
Diplomierte Sozialarbeiterin seit 1995  
1995-2010 in der Jugendwohlfahrt in Wien tätig,  
Basissozialarbeiterin, Personalvertreterin,  
seit 2008 Vorsitzende des OBDS-Österreich  
seit 2010 in Pension,  
seit 2011 im Vorstand des IFSW-Europe e.V.



## Charter of Rights for Social Workers

### Die Rechte der SozialarbeiterInnen

ich habe das Recht auf.....

- gesunde und sichere Arbeitsplätze frei von Missbrauch
  - Stärkung von KlientInnen
- Engagement und Teilnahme an sozialen Aktionen
  - eine professionellen Beziehung zu KlientInnen
  - Aufstiegsmöglichkeiten mit Praxisbezug
  - Möglichkeiten für lebenslanges Lernen
- qualifizierte Supervision und Unterstützung in Problemsituationen
- Klarheit über Verantwortung und Delegation von Befugnissen
  - angemessene Arbeitsbelastung und Schutz vor Burnout
  - kritisches, überlegtes und effektives Arbeiten
  - Einsatz für und Vertretung von KlientInnen
- Beratung und berufliche Unterstützung
  - Eingehen nur angemessener Risiken
  - Einer Berufsorganisation anzugehören
- gute Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung
  - Mitarbeit an der sozialpolitischen Entwicklung
  - Respekt für unsere Berufsethik

Quelle:

<http://dl.dropbox.com/u/40688767/ifsw%20modified%20copy.jpg>

## Michael Klassen

*8 Jahre sozialarbeiterische Hochschulausbildung in Tirol — ein Blick zurück, ein Blick nach vorne*

Am 6. Oktober 2003 durfte ich in die erwartungsvollen Gesichter der aufgenommenen Studierenden blicken, die an diesem Tag ihr Fachhochschul-Studium für „Soziale Arbeit“ am Management Center Innsbruck als allerster Jahrgang begonnen haben.

Vorausgegangen war eine turbulente Übergangsphase von der Sozialakademie der Caritas zum, damals dem Einzigen in Innsbruck, FH-Träger MCI.

Der Gesetzgeber hat bereits viel früher die Möglichkeit geschaffen, die Ausbildung an den bestehenden Sozialakademien auslaufen zu lassen und im Gegenzug einschlägige Fachhochschul-Studiengänge einzurichten. Was in Innsbruck nun folgte waren längere Diskussionen über die Rahmenbedingungen und intensive Vorbereitungsarbeiten sowohl an der Sozialakademie als auch am MCI. Am Ende war es nun gelungen, den Fachhochschul-Studiengang „Soziale Arbeit“ ab Herbst 2003 am MCI einzurichten und ich wurde als Studiengangsleiter bestellt.

Mit der Entwicklung von der Akademie für Sozialarbeit in Tirol über das FH-Diplomstudium (2003-2007) hin zum Bachelorstudium (ab 2007) und Masterstudium (ab 2010) wurde auch in Tirol ein Trend in der Sozialen Arbeit sichtbar, der oft allgemein zur Beschreibung der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Sozialen Arbeit herangezogen wird: die Entwicklung eines ursprünglich weitgehend auf freiwilligem persönlichen Engagement und dem christlichen Gedanken der Barmherzigkeit beruhenden Berufs (System der Religion) zur Umorientierung auf das Management (System der Wirtschaft) und schließlich jene richtige und für die Profession wohl bedeutendste Weiterentwicklung in Richtung Sozialpolitik (System der Politik). Davon zeugen unser 2010 gestarteter Master „Soziale Arbeit, Sozialpolitik und Sozialmanagement“, aber auch die letzten Jahre der Sozialakademie.

Der Studienplan war 2003 mit nunmehr acht Semestern nicht nur um zwei Semester länger als an der Sozialakademie, sondern wurde ungleich dichter und interdisziplinärer. Insbesondere wurden substantielle Schwerpunkte in Richtung Wissenschaftlichkeit, Internationalisierung und Non-Profit-Management gesetzt.

Für die im Jahre 2003 fünfunddreißig zu vergebenden Studienplätze haben sich zum Studienbeginn Herbst 2003 rund 140 InteressentInnen beworben. Das Durchschnittsalter der aufgenommenen Studierenden lag bei ca. 22 Jahre. Rund 3/4 der Studierenden waren weiblich. Die Studierenden kamen etwa zu etwa 2/3 aus Tirol, der Rest aus allen Teilen Österreichs, aus Südtirol und Deutschland.

Seitdem hat sich an der Soziodemographie wenig geändert. Die Studierenden- und BewerberInnenzahlen sind jedoch gestiegen: auf aktuell 50 Studienplätze im Bachelor bewerben sich ca. 200 Studieninteressierte und auf rund 30 Studienplätze im Master kommen derzeit ca. 70 BewerberInnen.

Überhaupt war die Umstellung auf Bachelor/Master eine wichtige Etappe in der Entwicklung des Studienganges: Im Rahmen der Vereinheitlichung des Europäischen Bildungssystems mussten alle Hochschulen auf ein Zweiphasensystem, bestehend aus einem Bachelorstudium von drei oder vier Jahren und einem einjährigen oder zweijährigen Masterstudium, umsteigen. Auch der Fachhochschul-Studiengang Soziale Arbeit am MCI wurde im Herbst 2007 in das neue System bestehend aus dem sechssemestrigen Bachelor- und einem viersemestrigen Masterstudium überführt, wobei die ersten BachelorstudentInnen 2007 und der erste Masterstudiengang im Herbst 2010 begannen.

Diese Umstellung stellte eine Professionalisierungschance und zugleich ein Professionalisierungsrisiko für Soziale Arbeit dar, da zum ersten Mal in der deutschsprachigen Sozialarbeit das Ausbildungsniveau auf fünf

Jahre erhöht wurde. Andererseits wurde der erste berufsqualifizierende Abschluss (Bachelor) wieder auf die 3-jährige Ausbildung „zurückgestuft“. Eine Möglichkeit, diesem Risiko zu begegnen war, einen Master-Studiengang „Soziale Arbeit, Sozialpolitik und -management“ anzubieten, der von möglichst vielen AbsolventInnen des Bachelor-Studienganges angenommen werden kann. Dabei war neben dem Upgrade an Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit, ein starker Fokus auf Sozialpolitik und Sozialarbeitsforschung gelegt worden. Die Komponente Sozialmanagement rundete das Angebot ab, weil wir der Auffassung sind, dass SozialarbeiterInnen sich selber managen und nicht von Fremdprofessionellen geführt werden sollen.

Die inhaltliche Ausgestaltung des Bachelor und Masters orientierte sich am Kerncurriculum für das Hauptfachstudium Soziale Arbeit/Sozialarbeitswissenschaft, welches der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Sozialarbeit (DGSA) – Österreich ist dort auch vertreten - am 28. Januar 2005 vorgelegt hat. Grundlage und Leitlinie dieses Kerncurriculums bildet die gemeinsame „Definition of Social Work“ der International Federation of Social Workers (IFSW) und der International Association of Schools of Social Work (IASSW) aus dem Jahre 2000 sowie die „Global Standards for Social Work Education and Training“ aus dem Jahre 2004. Damit steht das Kerncurriculum einerseits in der deutschsprachigen Ausbildungstradition, andererseits genügt es den internationalen Standards der Ausbildung in Sozialer Arbeit.

Mit dem Master gelang es uns auch, die Frage der Nachgraduierung von Sozialakademie-AbsolventInnen zu lösen: zum Masterstudium „Soziale Arbeit, Sozialpolitik und Sozialmanagement“ sind KollegInnen zugelassen, die eine sechssemestrige Ausbildung an Akademien für Sozialarbeit absolviert haben. Die AbsolventInnen der viersemestrigen Sozak-Ausbildung haben dann Zugang zum Masterstudium, wenn sie zusätzliche facheinschlägige Weiterbildungen an anerkannten postsekundären Bildungseinrichtungen im Ausmaß von mind. zwei Semestern absolviert haben.

Der Lehrkörper setzt sich im Studiengang

aus mit großer Sorgfalt ausgewählten und inhaltlich aufeinander abgestimmten haupt- und nebenberuflich Lehrenden zusammen. Im Bereich der sozialarbeiterischen Kernfächer und einschlägiger Bezugswissenschaften sowie als koordinierende FachbereichsleiterInnen kommen besonders bewährte Lehrende, die viele bereits aus den Zeiten der Sozialakademie kennen.

Soziale Arbeit wird am Studiengang als professionelles Handeln mit dem Ziel der Lösung von sozialen Problemen in der Gesellschaft definiert. Die Aufdeckung, Lösung, und Minderung von sozialen Problemen setzt jedoch voraus, dass diese sozialen Probleme wahrgenommen, aufgedeckt, beschrieben und erklärt werden. Insbesondere Beschreibung und Erklärung von sozialen Problemen ist dabei eine unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung von adäquaten Lösungsansätzen.

Dies können die SozialarbeiterInnen in ihrer Praxis oft nicht leisten, weil weder die zeitlichen noch die finanziellen Ressourcen dafür zur Verfügung stehen. Dies ist auch nicht ihre primäre Aufgabe, da die Beschreibung und Erklärung von sozialen Problemen an den Ausbildungsstätten für Soziale Arbeit im Rahmen der dort verankerten Forschung und Entwicklung mit der Rückkoppelung an die Praxis geleistet werden soll. Diese Forschungsergebnisse fließen dann in die Lehre, so dass sichergestellt wird, dass die junge Generation der SozialarbeiterInnen die aktuellsten Beschreibungs- und Erklärungsmodelle rund um die sozialen Problemlagen kennen und in der Lage sind, die neusten Interventionsstrategien zu deren Lösung erfolgreich anzuwenden.

Die folgende Auswahl von Forschungs- und Praxisprojekten des Studienganges soll exemplarisch verdeutlichen, was auf diesem Gebiet im Studiengang geschah und geschieht:

Schulsozialarbeit in Tirol: Kooperationsprojekt mit der Jugendwohlfahrt und der Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol zur Erstellung der Bedarfs- und Akzeptanzanalyse in Bezug auf die Problemeinschätzung an den Schulen und Chancen für Schulsozialarbeit (2004–2005). Aus diesem Projekt und aus Folgeprojekten sind die ersten Schulsozialar-

beiterInnenstellen im Oberland hervorgegangen, die regen Zulauf haben

Jugendwohlfahrt in Tirol: Archivanalyse zur Aufarbeitung der historischen Entwicklung der Jugendwohlfahrt in Tirol (2004-2006)

SENIOR 2030 zur Sozialen Arbeit im späten Erwachsenenalter, gefördert vom Tiroler Wissenschaftsfond (2005-2007)

EU- Kanada Austauschprojekt zur Förderung der sozialarbeiterischen Praktika „Displaced Persons - a Euro-Canada Social Work Exchange“ (2005-2008), gefördert von der EU und der Kanadischen Regierung

EU-Förderung und EU Preis im Programm „Jugend in Aktion“ für das Projekt „N\_irgendwo daheim – Lebenswelten der Flüchtlinge in Österreich“ (2008)

EU-USA Projekt zu Sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession „International Human Rights Certificate in Social work“ (2010-2014), gefördert von der EU und dem US Fund for the Improvement of Postsecondary Education

EU Projekt „Social Work confronting new right wing movements“ in Nürnberg, Mai 2011, unter Beteiligung von 8 Hochschulen aus 7 Ländern

Darüber hinaus hat der Studiengang „Soziale Arbeit“ am MCI seit seiner Gründung im Jahr 2003 auch zahlreiche Veranstaltungen für ein breites Publikum an PraktikerInnen, Studierenden und Interessierten organisiert. In insgesamt 42 facheinschlägigen Veranstaltungen wurden aktuelle soziale Themen aufgegriffen und darüber diskutiert. Dabei bieten diese Treffen eine wichtige Schnittstelle zwischen wissenschaftlich fundierten Theorien und den alltäglichen Erfahrungen und Problemen der Praxis.

Diese Vielfalt an Themen und Veranstaltungen aus allen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit war natürlich nur in Kooperation mit wichtigen Partnern aus Theorie und Praxis möglich. Damit der erste Eindruck über die Vielfalt und Fülle der Veranstaltungen des Studienganges entstehen kann, werden hier exemplarisch die Veranstaltungen des

letzten Studienjahres 2010/2011 aufgelistet:

Veranstaltungen, Vorträge und Tagungen Studienjahr 2010/2011:

- 25.02.2010 Menschenrechte als Basis zur Armutsbekämpfung
- 16.03.2010 sozialarbeit. macht. recht. Machtstrukturen und sozialer Wandel im Asylbereich
- 20.04.2010 Soziale Arbeit im Spannungsfeld Strafrecht
- 17.06.2010 Wer sorgt für wen? Gesellschaftliche Organisation des Sorgens (Care)
- 26.11.2010 3. Internationale Fachtagung der Österreichischen Gesellschaft für Care & Case Management (ÖGCC) Anwendungsfelder des Case Managements im Spannungsfeld von wissenschaftlichen Grundlagen, Praktikabilität und Effektivität
- 29.11.2010 Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft und ihr Tripelmandat
- 12.01.2011 innovative stadtteilentwicklung: partizipation, integration, vernetzung.
- 18.01.2011 Marokkanische Jugendliche - zwischen Aussichtslosigkeit und Zukunftshoffnung
- 19.01.2011 Informationsveranstaltung zum Tiroler Mindestsicherungsgesetz (TMSG)
- 25.01.2011 Lebensqualität und Qualitätskriterien in Tiroler Altersheimen
- 15.03.2011 Das Soziale Gehirn. Oder was haben die Neurowissenschaften mit professioneller Sozialer Arbeit zu tun?
- 31.01.2011 Neue Arbeitsformen, Arbeitslosigkeit und Armut - Auswirkungen und Gegenstrategien
- 14.03.2011 Subjektivierung von Arbeit: Entgrenzung, Balance, Ernüchterung?
- 11.04.2011 "Neue Unterschicht" - zur Individualisierung und Kulturalisierung sozialer Probleme
- 16.05.2011 Interessenpolitik in fragmentierten Arbeitswelten
- 24.05.2011 Vielfalt ist Reichtum. Neue Wege der Behindertenarbeit in Tirol, Podiumsdiskussion
- 21.06.2011 "Hartz IV" im Vergleich zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung
- 27.06.2011 Solidarische Ökonomie

Aber nicht nur in Form von diesen und weiteren gemeinsamen Projekten, Veranstaltungen etc. haben zahlreiche Einrichtungen bereits ihre Erfahrung mit uns gesammelt. Auch als PraktikantInnen sind unsere Stu-

dierende sehr beliebt und bekommen häufig exzellente Rückmeldungen. Einige werden nach ihrem Berufspraktikum auch von den Institutionen als MitarbeiterInnen angestellt, weil sie derart kompetent sind.

Es sind unsere AbsolventInnen, die immer mehr in der Praxis anzutreffen sind und diese entsprechend prägen. Die Erfahrung mit diesen AbsolventInnen scheint eine durchaus positive zu sein: in verschiedenen Kontexten treten PraktikerInnen an mich heran und berichten über ihre positive Zusammenarbeit und/oder Begegnungen mit unseren AbsolventInnen und auch über ihre erfreulicherweise nicht eingetretene Befürchtung, dass die sozialarbeiterische Ausbildung am MCI an Qualität einbüßen würde.

Aber was sagen die AbsolventInnen selbst über ihr Studium am MCI? Erst vor kurzem wurde am MCI eine AbsolventInnenbefragung abgeschlossen.

Die am MCI ausgebildeten SozialarbeiterInnen schneiden in ihren Antworten im Vergleich zu anderen MCI-Studiengängen sehr gut ab, auch wenn die Anzahl der Nennung besser hätte ausfallen können. (siehe Grafik)

In diesem Sinne schauen wir zufrieden auf die Entwicklung der letzten Jahre und haben zahlreiche spannende Pläne für die kommende Zeit. Neben einer weiteren Professionalisierung wird vermutlich auch der Master weiter entwickelt und ausgebaut. Ein langfristiger Wunsch wäre die Etablierung der Sozialen Arbeit auch als Wissenschaft. Dafür bedarf es auch einer weiteren Entwicklung in Bezug auf die Möglichkeiten des Erwerbs von Doktoraten im Bereich der Sozialen Arbeit, wie in der skandinavischen und angelsächsischen Welt schon längst üblich.

Prof. (FH) Dr. phil. Michael Klassen

Studiengangsleiter  
Studiengang „Soziale Arbeit“  
MCI - MANAGEMENT CENTER INNSBRUCK,  
Internationale Hochschule mbH

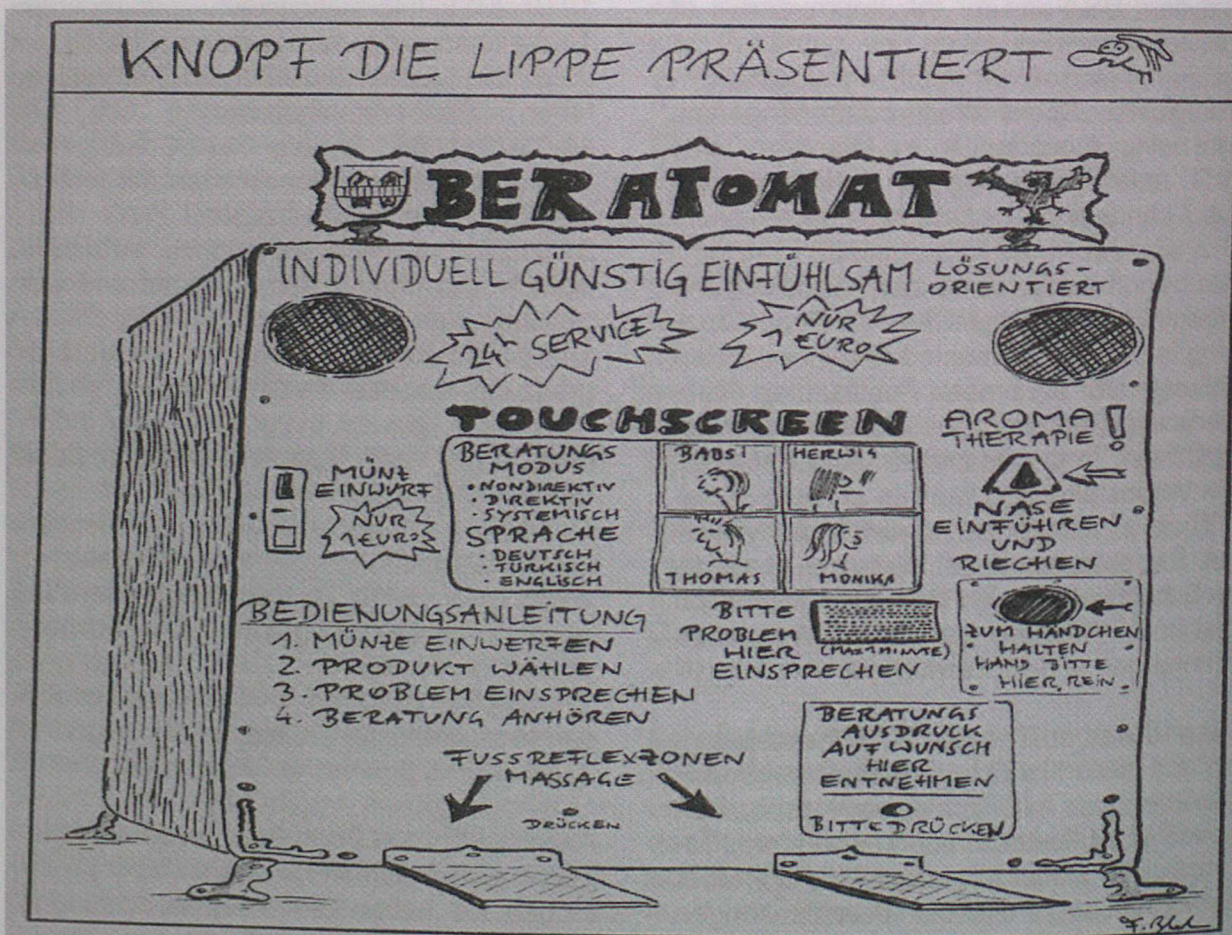


Abb. aus SIT Nr. 83/2010

AbsolventInnen-Befragung MCI 2010		Wirtschaft & Management	Tourismus & Freizeitwirtschaft	Management & Recht	Management, Communication & IT	Soziale Arbeit	Verfahrens- & Umwelttechnologie (VZ)	Verfahrens- & Umwelttechnologie (BB)	Alle Studiengänge
Haben Sie sich - im Nachhinein betrachtet - für das richtige Studium entschieden?	N	109	34	44	54	19	18	17	295
(1 = ja, auf jeden Fall, 5 = auf gar keinen Fall)	MW	1,37	1,62	1,64	1,98	1,26	1,72	1,65	1,58
	V	,512	,728	,888	,773	,205	,683	,743	,687
Würden Sie das MCI Ihren Freunden / Bekannten / Kollegen weiterempfehlen?	N	109	34	44	54	19	18	17	295
(1 = ja, auf jeden Fall, 5 = auf gar keinen Fall)	MW	1,34	1,65	1,57	1,56	1,37	1,89	1,82	1,51
	V	,449	,720	,809	,478	,246	,693	1,279	,604
Wie beurteilen Sie die Relevanz Ihres Studiums für Ihre berufliche Entwicklung aus heutiger Sicht?	N	33	21	26	31	13	12	9	145
(1 = sehr hoch, 5 = sehr gering)	MW	1,61	1,86	2,04	1,87	1,38	1,83	1,78	1,79
	V	,684	,829	1,158	,649	,256	,697	,694	,753
Die Akzeptanz von Absolventen/-innen Ihres Studiums in Ihrem Unternehmen ist ...	N	33	21	26	31	13	12	9	145
(1 = sehr hoch, 5 = sehr gering)	MW	2,18	2,29	2,08	2,23	1,85	2,17	2,89	2,20
	V	,841	1,214	1,434	,981	,474	,697	1,111	1,008
Die Anforderungen während Ihres Studiums waren ...	N	97	30	37	39	14	15	13	245
(1 = sehr hoch, 5 = sehr gering)	MW	1,80	1,97	1,86	2,41	2,36	2,73	2,38	2,05
	V	,472	,654	,676	,406	,247	,210	1,090	,596
Ihr Studium erfüllt Ihrer Meinung nach die Anforderungen der Praxis ...	N	97	30	37	39	14	15	13	245
(1 = voll und ganz, 5 = überhaupt nicht)	MW	1,93	2,17	2,14	2,38	1,86	2,33	2,46	2,11
	V	,359	,489	,620	,506	,440	,238	,769	,484
Ihre beruflichen Erwartungen, die Sie mit dem Studium verbunden haben, haben sich wie folgt erfüllt:	N	33	21	26	31	13	12	9	145
(1 = voll und ganz, 5 = überhaupt nicht)	MW	1,94	2,48	2,15	2,29	1,92	1,83	2,44	2,15
	V	,621	1,162	,855	1,013	,577	,515	1,278	,866
Aus heutiger Sicht beurteilen Sie das gesamte Studium mit der Schulnote:	N	97	30	37	39	14	15	13	245
	MW	1,56	1,77	1,70	2,08	1,86	1,87	2,15	1,76
	V	,395	,668	,715	,547	,440	,267	,974	,555

N=Respondierende

MW= Mittelwert

V= Varianz

## Vorstand obds - Landesgruppe Tirol

Änderungen in der Ausbildung von SozialarbeiterInnen und ihre Konsequenz für den Berufsverband

Neben den DiplomsozialarbeiterInnen und AbsolventInnen der Fachhochschulen (Mag. FH und Bachelor) werden zukünftig auch AbsolventInnen mit dem Titel „Master Soziale Arbeit“ in der Praxis tätig sein. Einige dieser Masterstudiengänge sind nicht konsekutiv, also ohne abgeschlossenes Bachelorstudium in Sozialer Arbeit zugänglich. Für die Praxis bedeutet dies, dass zukünftig nicht alle AbsolventInnen eine sozialarbeiterische Grundausbildung haben werden. Die fachspezifische Masterausbildung, die eher wissenschaftlich ausgerichtet ist und sich je nach Fachhochschule an verschiedenen Schwerpunktthemen orientiert, kann nicht mit der derzeitigen Grundausbildung gleichgesetzt werden, da oft wichtige Elemente der sozialarbeiterischen Ausbildung wie z. B. Gesprächsführungstraining fehlen.

Bislang ist für die Aufnahme als ordentliches Mitglied im Berufsverband der SozialarbeiterInnen eine abgeschlossene Ausbildung an den Sozialakademien (bzw. deren Vorgängern) oder der Fachhochschulen mit den Abschlüssen Mag. (FH) und BA Soziale Arbeit Voraussetzung.

Bei der Bundeskonferenz des obds im November 2010 wurde eine Empfehlung ausgesprochen, jenen AbsolventInnen vom Masterstudiengang Soziale Arbeit, die keine sozialarbeiterische Grundausbildung haben, eine außerordentliche Mitgliedschaft in den Landesgruppen anzubieten und diese in eine ordentliche Mitgliedschaft umzuwandeln, wenn ausreichende Praktische Erfahrung nachgewiesen wird.

Im Frühjahr 2011 wurden erneut die Vor- und Nachteile einer Aufnahme der Masterabsolventen diskutiert. So gibt es beispielsweise keine Erfahrungen darüber, ob diese überhaupt Beschäftigungsverhältnisse in klassischen Bereichen der Sozialen Arbeit anstreben. Auch wäre zu überlegen, ob der obds bei der Aufnahme neuer Mitglieder künftig Ausbildungsnachweise (Akkreditierung von Modulen anderer Grundausbildungen und Weiterbildungen) verlangen und im Einzelfall entscheiden sollte.

Bislang hatte der obds einen berufspolitischen Schwerpunkt und war Verfechter einer klaren Abgrenzung zu anderen Professionen, was unter anderem in allen Diskussionen und Aktionen rund um das Berufsgesetz deutlich wurde. Die Aufnahme von Mastern ohne Grundausbildung würde diese Abgrenzung aufweichen und eine Neuorientierung (z. B. weg von berufspolitischen hin zu sozialpolitischen Schwerpunkten) des obds erfordern bzw. ermöglichen.

Der Vorstand der Landesgruppe Tirol hat daher beschlossen, eine Entscheidung über den Aufnahmemodus von AbsolventInnen des Master-Studienganges ohne sozialarbeiterische Grundausbildung mit den Mitgliedern in der Generalversammlung im Juni 2012 zu diskutieren und dann in größerem Rahmen darüber abzustimmen.

Wer diesbezüglich bereits jetzt schon weitere Fragen hat, kann sich gerne mit uns in Verbindung setzen.

Der Vorstand des obds – Landesgruppe Tirol

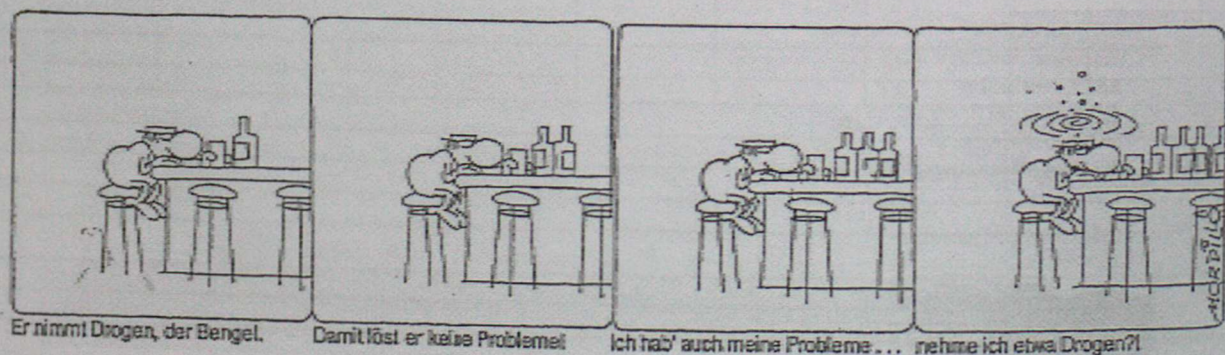


Abb. Aus SIT Nr. 56/2000

## Wolfgang Ghedina

„Sein oder Nichtsein...“ - der drogenabhängige Jugendliche 2011

*To be or not to be, that is the question:  
Whether 'tis nobler in the mind to suffer  
The slings and arrows of outrageous fortune,  
Or to take arms against a sea of troubles,  
And by opposing, end them? To die: to sleep*

*Sein oder Nichtsein; das ist hier die Frage:  
Obs edler im Gemüt, die Pfeil und Schleudern  
Des wütenden Geschicks erdulden oder,  
Sich waffnend gegen eine See von Plagen,  
Durch Widerstand sie enden? Sterben – schlafen*  
(W. Shakespeare „Hamlet“)

So wie sich bereits William Shakespeare's Hamlet - Prinz von Dänemark - existenziellen Fragen stellen musste, so müssen wir uns 2011 einige Fragen stellen: Gibt es drogenkonsumierende Jugendliche? Konsumieren manche gefährlich, ja sogar tödlich? Wissen wir davon? Wenn es diese gefährlich drogenkonsumierenden Jugendlichen gibt und wir davon wissen, tun wir etwas dagegen?

Sämtliche ins psychosoziale Betreuungsnetz junger Menschen eingebundene Helfer aller Professionen wissen es, so wie alle politisch Verantwortlichen es wissen. Drogenkranke Jugendliche gibt es! Also: „Sein oder Nichtsein“, ...diese Frage stellt sich nicht, außer wir alle wollen „das Sein“ bewusst oder unbewusst ignorieren.

In den vergangenen Jahren konnte etwa durch die Ergebnisse des „SEYLE“-Projektes (Saving and Empowering Young Lives in Europe), das in Tirol in der Abschlussphase und in ca. 10 europäischen Ländern bereits durchgeführt ist, gezeigt werden, dass (und welche) selbstschädigenden Verhaltensweisen bei sogenannten gesunden Jugendlichen vorkommen. Der regelmäßige Konsum von psychotropen Substanzen, also Nikotin, Alkohol, Cannabis und anderen Drogen scheint demnach sehr üblich und bereits in dieser Entwicklungsphase (Adoleszenz-Pubertät) fester Bestandteil jugendlicher Rituale zu werden. Vermutlich kommt es bei einer Mehrzahl dieser jungen Menschen nicht oder kaum zu gesundheitsschädigenden Folgen. In der Fachsprache wird dies oft als „Probier-

Konsum“ mit experimentellem Charakter beschrieben. Sicherlich spielen gruppendynamische und identitätsklärende Aspekte eine gewisse Rolle, durchzogen wie von einem roten Faden finden jedoch immer auch individuelle Motive Eingang in jugendliche Verhaltensweisen.

Aus Konsum kann problematischer Konsum und schließlich Missbrauch werden, später eventuell auch eine Substanzabhängigkeit (Bsp.: Alkohol-/Heroinabhängigkeit). Insbesondere bei Jugendlichen mit Brüchen in der Biographie durch Traumatisierungen, emotionale Vernachlässigung oder zusätzlichen Entwicklungsproblemen besteht in hohem Maße die Gefahr des „problematischen Konsumierens“. Solche Mädchen und Burschen kennen oftmals etwa „Alkohol als Lösungsmittel“ im Rahmen von Konflikten der Eltern, leiden unter fehlendem Grenzgefühl, ersetzen emotionale Beziehungsleere durch Einnahme (Einverleibung) einer Droge oder betäuben ihre depressiven und chaotischen Gefühle mittels psychotroper Substanz-(Gift-)wirkung. Der Drogenkonsum ist allgegenwärtig, der problematische Konsum ist Realität, auch unter Jugendlichen.

Überraschend ist hingegen die Kehrseite, die gesellschaftliche Dimension und insbesondere die relative Leere, die diesem jugendlichen – gesundheitsgefährdenden Betäuben entgegen - oder besser nicht entgegensteht. Die Eltern sind überfordert, ÄrztInnen und PädagogInnen sowie PsychologInnen ratlos, sodass Jugendliche in der Krise sich alleine fühlen und genau das tun, was sie am ehesten können: sich aus der Realität ausblenden in dem sie durch sedierende Effekte diverser Drogen einen entspannteren und betäubten Zustand herstellen. Selbst wenn durch einen zunehmenden Leidensdruck eine innere Motivation zur Veränderung entsteht oder äußerer Druck über ärztlich-psychiatrische, soziale und forensische Ebenen zu Handlungen zwingen, sind drogenkonsumierende Jugendliche erst am Anfang einer scheinbar unendlichen therapeutischen Wegstrecke angelangt. Sie „wollen oder müssen“ was verändern, „clean werden“ und abstinent leben, doch welcher

Weg führt zu oft noch so unklaren Zielen? Behandlungsmotivierte Jugendliche mit Suchtproblematik sind für viele Projekte zu jung, zu instabil, „zu krank“, zu komplex, zu... entwicklungsrückständig!

Zahlreiche ambulante und stationäre Hilfseinrichtungen orientieren ihre therapeutische Arbeit an klaren Konzepten, wobei sich immer eine Kontraindikation zum Ausschluss einer Betreuung eines drogenkranken Jugendlichen finden lässt. Selbst universitäre Strukturen sehen sich selten kompetent genug, einen jungen Menschen mit „Mehrfachdiagnosen“ und sozialen Problemen zu unterstützen. „Sein oder Nichtsein“, fragte sich schon Hamlet. Welche Fragen stellen sich ausgegrenzte Jugendliche? Wer in unserer Gesellschaft beantwortet die Fragen eines polytoxikomanisch erkrankten Mädchens oder Jungen?

So sehr gesellschaftliche Strukturen der Hilfslandschaften weiterentwickelt werden müssen, so plastisch kann im Einzelfall die therapeutische Begleitung eines drogenkonsumierenden Jugendlichen 2011 individuell gestaltet sein. Wenn ein tragfähiges Beziehungsangebot etabliert ist und soziale Hürden wie Krankenversicherung, Mindesteinkommen, Rezeptgebührenbefreiung, Klärung offener rechtlicher Verfahren und ähnliches bewältigt sind, können manche sich auch auf inhaltlicher Ebene ihren Konflikten, Bedürfnissen und insbesondere ihrem gefährlichen Konsum stellen. Nach Stabilisierung des Allgemein- bzw. Ernährungszustandes (Hygiene, Zahnstatus, Körpergewicht) und Verbesserung des psychiatrischen Zustandsbildes (Wachheit, Stimmung, Antrieb, Psychomotorik, Halluzinationen, Schlaf) als Grundlage für eine weitere gesundheitliche Entwicklung sind Jugendliche üblicherweise ernsthaft bereit und erstmals in der Lage neue Verhaltensweisen auszuprobieren. Eine Substitutionsbehandlung mit Methadon, Subutex/Suboxone oder Subtitol (und vergleichbaren Präparaten) hilft nach Überwindung der rechtlich-bürokratischen Hürden den teils lebensgefährlichen jugendlichen Konsum zu kontrollieren. Durch diese suchtspezifische Behandlung kann der medizinischen Literatur und eigener Erfahrungen entsprechend nachweislich die Überlebenschance in dieser Entwicklungsphase dramatisch

erhöht werden. „Sein oder Nichtsein“, es erklärt sich von selbst, dass nur mit (über) lebenden Jugendlichen der weitere therapeutische Weg bestritten werden kann. Ein primärer Ausstieg aus abhängigem, gefährlichen Konsum ist denkbar und sollte wenn möglich unterstützt werden, neuesten medizinischen wissenschaftlichen Daten folgend ist es aber eher die Ausnahme (90 % der Opiatabhängigen werden innerhalb weniger Wochen rückfällig, was somit dem Normalfall entspricht). Erstes therapeutisches Anliegen kann daher kaum eine abstinenzorientierte Wegstrecke sein, sondern immer die Herstellung einer hilfreichen (heilenden) professionellen Beziehung und Grundstabilisierung auf individuell abgestimmter Ebene.

Vorzeitiges Drängen zum „Aussteigen“ führt oft zu Ängsten, Widerstand und Überforderung, was wiederum zu gesteigertem Selbstkonsum verleitet. Es gilt Jugendliche ein Stück weit auszuhalten, was im Sinne tiefenpsychologischen Containing's therapeutischen Charakter hat. Durch diese Beziehungserfahrung erst kann das „Ersatzobjekt“ Droge nachhaltig reduziert werden und „Nüchternsein“ aushaltbar werden. Hilfe zum (Über)Leben, Begleitung zu einem selbstverantwortlichen, möglichst gesunden Leben, bedeutet „Sein“ im Gegensatz zu „Nichtsein“! Zentrale Fragen sind also nicht was, wie viel oder wie Jugendliche konsumieren, sondern was Erwachsene auf gesellschaftlicher und individueller Ebene alternativ dargelegen könnten.

Fehlende Jugendlichen-Einrichtungen oder unzureichende Beziehungsangebote werden junge Menschen in Krisensituationen nicht befriedigen und stabilisieren. Eine konsequente Öffnung unserer therapeutischen Konzepte und Anpassung an wissenschaftliche und pädagogische Erkenntnisse 2011 entsprechend muss gefordert werden. „SEIN oder Nichtsein“ bedeutet JA zu einer therapeutischen Begleitung drogenkonsumierender Jugendlicher, JA bedeutet den Versuch der gemeinsamen Beantwortung vieler offener Fragen, nicht nur jugendlicher Existenz.

Dr. Wolfgang Ghedina

Praxis für Allgemeinmedizin und Psychotherapie  
Facharzt für Psychiatrie  
Drogenentzugstation Psychiatrie Hall

## DOWAS Innsbruck

Anstelle eines Artikels möchte das DOWAS Innsbruck diesmal als Beitrag im SIT auf vier Homepages hinweisen:

### Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe

[www.bawo.at](http://www.bawo.at)

Auf dieser Homepage stehen unter anderem die Vorträge der letzten Tagung in Innsbruck, sowohl schriftlich, als auch als Tondokumente zur Verfügung.

### Innsbruck als Tagungsort der Superlative

(30.05.2011)

Die Fachtagung 2011 der BAWO war diesmal in zweifacher Hinsicht ein Event der Superlative: Es war einerseits die größte Veranstaltung bisher: erstmals in der Geschichte nahmen rund 200 BesucherInnen an der Fachtagung teil, andererseits gab es zur Qualität der Veranstaltung am letzten Tag bei der Abschlussrunde uneingeschränkt positive Rückmeldungen wie noch nie. Einige teils hoch interessante Inputs sorgten für reichlich Hirnschmalzbewegung während der drei Bildungstage im Haus der Begegnung. Helga Cremer-Schäfer referierte über Wohlfahrtssysteme und ihre jeweiligen Sicht- und Handlungsweisen sowie Auswirkungen auf die Betroffenen, Stephan Grigat polarisierte [...] zum Thema "Luxus für Alle!"

Das Thema Bedarfsorientierte Mindestsicherung war diesmal praxisbezogenes Thema, kernig und fachgerecht auf die relevanten Punkte seziert durch Marion Kapferer und Simone Leitgeb. [...] Die beiden Psychiater Martin Fuchs und Stefan Santeler widmeten sich dem Thema psychisch krank und wohnungslos anhand einiger Studien die dazu durchgeführt wurden. [...] Am Freitag waren dann Volker Frey zum Thema Gleichbehandlung am Wohnungsmarkt sowie Barbara Wolf-Wicha zur Europa 2020 Strategie am Wort.

(siehe [www.bawo.at](http://www.bawo.at))

### Taschenanwältin – ein Ratgeber für Jugendliche

<http://www.taschenanwaeltin.at/>

ist wieder aktualisiert und neu aufgelegt. Erhältlich ist die gedruckte Version beim Chill Out, Heiliggeiststraße 8, 6020 Innsbruck, Tel. 0512-572121. Gleichzeitig sei auf den kostenlosen Rechtsbeistand über die Homepage verwiesen.

Wichtige Informationen zur **Mindestsicherung** gibt es wie immer unter

<http://www.mindestsicherungtirol.at/>.

Last not least möchten wir hier auf die Homepage des **DOWAS** verweisen, auf der weitere spannende Beiträge und Positionierungen nachlesbar sind unter

[www.dowas.org](http://www.dowas.org).

DOWAS  
Leopoldstraße 18  
6020 Innsbruck

SIT Nr. 85

25 Jahre SIT

Chill Out  
Heiliggeiststraße 8  
6020 Innsbruck

Seite 23

## Silke Schäfer

Im Stich gelassen.

Von unnötigen Tabus in der Drogenarbeit

Wozu führt es, wenn eine suchterzeugende Substanz, die keine organschädigenden Wirkungen hat, verboten ist (Heroin)?

Es führt dazu, dass Personen, die abhängig davon geworden sind, sich ihr Suchtmittel zu astronomischen Schwarzmarktpreisen kaufen müssen. Sie brauchen den gesamten Tag für die Beschaffung. Wenn die letzten Geldreserven alle sind, müssen sie kriminelle oder selbstschädigende Wege (Prostitution) gehen. Sie sind der krassen Szenegewalt ausgesetzt (Betrug ist nicht eben mal einklagbar, also gilt das Faustrecht) und allein schon durch Beschaffung der Droge machen sie sich ständig strafbar.

Dieser Teufelskreis sollte durch die Substitutionsbehandlung aufgebrochen werden: die PatientInnen erhalten ihr Medikament legal vom Arzt und haben so wieder Geld, Zeit und Freiraum, arbeiten zu gehen und einen „normalen Alltag“ zu leben.

Die Substitutionsbehandlung wollte ursprünglich, dass die PatientInnen clean werden. Sie verstand sich als Überbrückung bis zur vollständigen Abstinenz. Inzwischen gibt es ein breiteres Angebot, auch der sogenannten Erhaltungssubstitution für Menschen, für die es nach vielen gescheiterten Entzugs-Versuchen der stabilere Weg ist, dauerhaft in der Substitution zu bleiben.

Ein Tabu ist aber immer noch ungebrochen: das Tabu der Spritze. Die Substitutionsmedikamente sind alle ausschließlich zum Schlucken gedacht. Die PatientInnen sollten ursprünglich ja „weg von der Nadel“. Der injizierende Konsum mit Nadel ist auch ohne Zweifel die riskanteste Konsumform.

Aber: es gibt eben jede Menge DrogenkonsumentInnen, die trotz der Risiken injizieren. Sie besorgen verschmutzte Straßendrogen unbekanntem Reinheitsgehalts oder lösen ihre Substitutionsmedikamente lieber auf und spritzen sie, als sie zu schlucken, obwohl sie wissen, dass das gesundheitsgefährlich ist. Vielleicht ist das für RaucherInnen so vorstellbar: das Nikotinpflaster ersetzt eben nicht das geliebte Inhalieren, obwohl man die Sucht-Substanz Nikotin ja erhält. Die Konsumform ist eben sehr entscheidend bei Süchten.

Wozu führt es, wenn das Spritzen von Ersatzmedikamenten so tabuisiert ist, dass ÄrztInnen, AmtsärztInnen und ApothekerInnen angehalten sind, diese „missbräuchliche Verwendung“ zu unterbinden? (Aus Sicht des medizinischen Systems an sich verständlich, denn das Spritzen dieser eigentlich für den Magen gedachten Medikamente ist sehr schädlich.)

Es führt dazu, dass sich neben dem Drogenschwarzmarkt ein Schwarzmarkt von „spritzbaren“ Substitutionsmedikamenten bildet für diejenigen, die nur „schluckbare“ verschrieben bekommen. Es führt dazu, dass ÄrztInnen und ApothekerInnen ständig kontrollieren müssen, ob ihre PatientInnen das Medikament auch ja schlucken, und nicht etwa im Mund rausschmuggeln, um es dann zu spritzen; und nicht etwa Einstichlöcher haben und es nicht etwa an andere weiterverkaufen. Die PatientInnen sind zum Lügen und Vertuschen gezwungen, wenn sie spritzen. Das ist beides nicht sehr förderlich für ein Vertrauensverhältnis.

Ein Engpass substituierender ÄrztInnen ist entstanden, weil sich viele das nicht mehr antun wollen. In unserer Einrichtung gibt es einen Haufen von Leuten, die keinen Arzt oder keine Ärztin finden, der oder die sie in Substitutionsbehandlung aufnimmt. Die Leute leben desperadomäßig im Out der Gesellschaft weiter (z. B. in der Nische vor unserer Tür) und gehen an den Folgen dieses Lebens in der Illegalität schnell zugrunde. Das nenne ich Diskriminierung. Es wird in Kauf genommen, dass die Leute vor die Hunde gehen.

Was wäre eigentlich gegen eine Substitution einzuwenden, die zum Spritzen gedacht ist? Es gibt kein Gesetz, dass das Spritzen ver-

bietet. Das einzige Gegenargument ist, dass die Schluck-Medikamente Schaden anrichten, wenn sie stattdessen gespritzt werden. Aber dem ließe sich ja leicht abhelfen, in dem man ein Medikament herstellt, das für das Spritzen geeignet ist und das keine Gesundheitsschäden anrichtet. So ein Medikament gibt es sogar schon.

Man könnte sich die Forschungskosten komplett sparen. Es ist auch bereits vielfach überprüft und in verschiedenen Ländern im Einsatz.

Es heißt Heroin.

Mag.<sup>a</sup> Silke Schäfer

**MASTERSTUDIENGANG**

### soziale arbeit, sozialpolitik & -management.

30 Studienplätze pro Jahr

**Abschluss** Master of Arts in Social Sciences / MA bzw. M.A.

**Zeitmodell** 4 Semester, Vollzeit – eingeschränkte Berufstätigkeit möglich

Montag gestern	Dienstag gestern	Mittwoch heute	Donnerstag	Freitag	Samstag
-------------------	---------------------	-------------------	------------	---------	---------

fallweise 3 – 4 Mehrtagesblöcke (3 – 4 Tage)

**Internationales Semester** im 2. Semester, an Partnerhochschule oder am MCI

**Zugangsvoraussetzungen**  
Absolventen/-innen einschlägiger Bachelor- oder Diplomstudiengänge, Absolventen/-innen der 3-jährigen ehemaligen Akademien für Sozialarbeit und Pädagogischen Akademien; der 2-jährigen Akademien, mit zusätzlicher fach einschlägige Weiterbildung an anerkannten postsekundären Bildungseinrichtungen (mind. zwei Semester) oder sonstiger mind. 6-semestriger Hochschulstudien mit sozialarbeits- und sozialwissenschaftlichem Bezug (mindestens 90 ECTS).

**Berufsfeld**  
Absolventen/-innen sind in der Lage, die neuesten Methoden und Techniken der Sozialen Arbeit problemangemessen anzuwenden, im Rahmen der Sozialarbeitsforschung methodenrichtige Analysen über soziale Probleme, ihre Determinanten und Folgen durchzuführen, sozialpolitisch umsichtig zu handeln, soziale Systeme zu managen und soziale Einrichtungen effektiv und effizient zu führen.

**DIE UNTERNEHMERISCHE HOCHSCHULE® MCI MANAGEMENT CENTER INNSBRUCK**  
6020 Innsbruck / Austria, Universitätsstraße 15, +43 512 2070, office@mci.edu, www.mci.edu/master-soziale-arbeit-sozialpolitik-management

**MCI**  
MANAGEMENT CENTER  
INNSBRUCK

**tiroler hochschultag.** Do, 24. November 2011 | 09:00 – 18:00 Uhr

## Franziska Tauscher

Statements zum Jubiläum

Soziale Arbeit ist:

Notwendig!! Verlangt Können, Professionalität, Geduld, Einsatz von persönlichen Ressourcen und Ausschöpfen von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mitteln zur Teilhabe von Benachteiligten. Bringt Freude durch Beziehungsgestaltung und Anstoßen von Prozessen.

Sozialpolitik braucht:

Viel mehr Einbezug von Sozial-PraktikerInnen, Wahrhaftigkeit und Mut zum Benennen des Ist-Zustandes, des Miß-Standes, deren Analyse und Förderung von kreativen Ansätzen zur Veränderung - unter Beteiligung der Betroffenen.

Berufspolitisches Engagement macht:

Wach, informiert, widerständig, stellt Öffentlichkeit her.

## Waltraud Kreidl

### 30 Jahre Sozialarbeit in Tirol

Hansjörg Schlechter, ein ehemaliger NEUSTART-Kollege in Wien, den ich sehr schätze, verdanke ich eine - hoffentlich gelungene - Einleitung dieses Beitrages. Er beginnt seinen Artikel „Sozialarbeit: Wandel eines Berufsbildes“ mit folgendem Rückblick:

*„1972 betrat ich die ‚Lehranstalt der Gemeinde Wien für gehobene Sozialberufe‘ zum ersten Mal. Seitdem scheint eine Ewigkeit vergangen. In dieser guten alten Zeit, gab es noch das elterliche Züchtigungsrecht, die ‚g’sunde Watschen‘ galt als Erziehungsmittel, der ‚Haushaltsvorstand‘ hatte noch die Hosen an und war voll geschäftsfähig. Die Frauen weniger. Homosexualität war ein Verbrechen und Abtreibung ebenso. Nichtsesshafte wurden wegen Vagabundage jahrelang in Arbeitshäusern angehalten, Kinder und Jugendliche in Fürsorgeerziehungseinrichtungen gesteckt und die ganz Schlimmen bis zur Volljährigkeit unter Aufsicht der Justiz in Kaiser Ebersdorf weggesperrt. In die Psychiatrie kam man ganz schnell hinein, heraus dann gar nicht mehr, und dazwischen wurde mit Elektroschocks experimentiert ...“*  
(Schlechter in Holzinger 2010, 111f.)

Zu Beginn der 1980er Jahre arbeitete ich in der Sozialberatungsstelle für Alkohol- und Drogengefährdete des Landes in Kaiser-Josef-Straße in Innsbruck. Das Suchtmittelgesetz hieß damals noch Suchtgiftgesetz. Das Substitutionsprogramm gab es noch nicht, von Aids hatten wir nur vom Hörensagen etwas mitbekommen. Wir hatten keinen PC, kein Handy, meiner Erinnerung nach nicht einmal einen Kopierer. Auf den schwarzen Standtelefonen waren keine Tasten, sondern Wählscheiben, die wichtigen Telefonnummern wussten wir alle auswendig. Aber wir waren engagiert. Der 1981 mitbegründete „Arbeitskreis zur Kommunikativen Drogenarbeit“ forderte neben vielen anderen Dingen die Entkriminalisierung von Substanzen mit geringem Suchtpotenzial und die Einführung der Substitutionsbehandlung auch in Tirol. Im Übrigen sagte man noch Zigeuner, Neger, Irrer, Giftler, Verwahrloster, Krüppel, Schwuler

ohne sich viel dabei zu denken – das alles immer auch nur in der männlichen Form.

Es gab einige engagierte Einrichtungen, das DOWAS etwa, das Z6, die Initiativgruppe Behinderte, der Arbeitskreis gegen Heimerziehung, das Frauenzentrum, den Arbeitskreis für Emanzipation und Partnerschaft; vielmehr habe ich im Register des Michael-Gaismair-Kalenders 1980 nicht gefunden. Ja auch dieser war eine Initiative von kritischen, widerständigen Menschen in der damals noch sehr geschlossenen „schwarzen“ Tiroler Gesellschaft. Das DOWAS bastelte an einem Konzept für ein Arbeitsbeschaffungsprojekt, das spätere HO & RUCK. 1981 wurde in Innsbruck nach umfangreicher politischer und organisatorischer Vorarbeit von engagierten Frauen das erste (autonome) Frauenhaus eröffnet.

*„Zu den Widersprüchlichkeiten der 70er und 80er Jahre gehört ja, dass damals nicht nur Skandale aufgedeckt wurden, sondern zugleich sind viele Projekte im psychosozialen Bereich entstanden. Heute ist es kaum mehr möglich, ein neues Projekt auf die Füße zu stellen. Es wird überall gekürzt und diese strukturelle Gewalt des Verwaltete-Seins nimmt mit diesen Pseudoqualifizierungsgeschichten und Pseudoevaluationsgeschichten ekelhaft zu und das ganze wird dann noch auf die Fahne der Qualitätssicherung geheftet. Das ist fast unerträglich.“*  
(Aull in Schreiber 2010, 356)

Ja, es war viel möglich und es wurde viel möglich. Damals, (Mechthild Seithe bezeichnet diese Epoche als „Ersten Moderne“<sup>(1)</sup>) gab es noch die Vorstellung, Gesellschaft und Politik wären verantwortlich dafür, alle Menschen „ins Boot zu holen“, und es dämmerte auch den Verantwortlichen nach langer Kritik, dass es weder human noch ziel führend ist, Menschen mit Problemen wegzusperren und auszuschließen. Dies führte zu einer Differenzierung und Diversifizierung sozialer Angebote. Auf bundes- und landesrechtlicher Ebene wurden die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen. Nach den großen Reformen des Familien- und Strafrechtes in den 1970er Jahren (wobei ich hier

nur demonstrativ aufzähle: Verankerung der Partnerschaft in der Ehe, Abschaffung der Stellung des Ehemanns als Oberhaupt der Familie, Statuierung der Gleichberechtigung der Frau in der ehelichen Gemeinschaft, Beseitigung der "väterlichen Gewalt" über die Kinder, gleiche Rechte und Pflichten des Vaters und der Mutter gegenüber den Kindern, Möglichkeit der Scheidung in beiderseitigem Einvernehmen, Abschaffung der Todesstrafe, Bewährungshilfegesetz, Entkriminalisierung der Homosexualität unter Erwachsenen, Einführung der Fristenlösung...).

1984 trat das Sachwalterschaftsgesetz in Kraft, 1980 und 1985 zwei Suchtgiftgesetzenovellen, die auch therapeutische (Therapie statt Strafe) und sozialarbeiterische (Anerkannte Einrichtungen nach dem SMG) Interventionsmöglichkeiten vorsahen. 1989 trat ein neues Jugendwohlfahrtsgesetz in Kraft, das zum Ziel hatte, eine Anpassung an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse und Familienrechtsnormen, die Verstärkung des Dienstleistungscharakters der Jugendwohlfahrt, die Einbindung von freien Jugendwohlfahrtsträgern, sowie die Anpassung an neue allgemein anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse und veränderte Anschauungen einer zielgerichteten Sozialarbeit, zu erbringen. Und nicht zu vergessen, die Frauenbewegung, und die antipsychiatrische Bewegung, die vieles in Gang brachten, was heute (erfreulicherweise) selbstverständlich ist.

Gehen wir zum Jahr 1985. Damals baute ich in Innsbruck die „Zentralstelle für Haftentlassenenhilfe“ auf. Die HOSI Tirol (Homosexuellen-Initiative) hatte sich gerade konstituiert. Auf eine Subvention des Landes musste sie allerdings noch etwas länger warten. (Zynischerweise bis AIDS auch Tirol erreichte.) Im Register des Michael-Gaismair-Kalenders finden sich neue Einrichtungen wie Amnesty International, Ausländerberatungsstelle, Mobiler Hilfsdienst, DOWAS für Frauen, Eltern-Kind-Laden, Autonomes Frauenzentrum, Frauennotruf, Eltern-Kind-Zentrum, Verein heilpädagogische Pflegefamilien, Verein Pflegefamilien und Soziale Arbeit, Sachwalterschaft, WAMS, Sprungbrett, Rechtsladen, ... Manche Einrichtungen mussten sich von Politikern sagen lassen, sie machten ja nur

Beschäftigungstherapie für sich selbst. (Erziehung Heute 1987, 5). Zu erwähnen wäre hier auch noch die Aktion 8000 unter Sozialminister Alfred Dallinger, die eine Ausweitung der experimentellen Arbeitsmarktpolitik ermöglichte.

Ach ja, Kooperation und Vernetzung waren wichtig. Man verstand sich als Institution (noch) nicht in Konkurrenz zu anderen Einrichtungen, sondern es ging darum, inhaltliche Fragen gemeinsam weiterzubringen. So fand 1985 das erste Treffen des Sozialpolitischen Arbeitskreises in der Zentralstelle für Haftentlassenenhilfe statt. Ein Schwerpunkt des Arbeitskreises bildete die Bekämpfung der restriktiven Praxis an den Sozialämtern. Aus der Auseinandersetzung mit dem Thema Obdachlosigkeit entstand der Arbeitskreis Wohnen. Einen besonderen Kritikpunkt bildete das alleinige Zurverfügungstellen einer Masseneinrichtung (Städtische Herberge). Den „Höhepunkt“ der Kooperation und Vernetzung bildete die Installierung des „Sozialparlamentes“ auf Initiative des Soziallandesrates Walter Hengl in den Jahren 1989 bis 1994.

Aber es gab auch andere Strömungen. Der "Psychoboom" zwischen 1975 und 1985 erfasste einen großen Teil der Sozialarbeiterschaft. Man könnte boshaft dazu anmerken, der Therapeut ist eben was besseres, ein "Heiler" und kann sich abheben von der Misere der Alltagsarbeit, in der nichts heil und fertig wird. Kritisch meint Schlechter dazu, die Übernahme therapeutischer Methoden und Sichtweisen in die Sozialarbeit habe in gewisser Weise die Weiterentwicklung des Professionsverständnisses behindert. (Schlechter in Holzinger 2010, 114). Später kamen dann die Organisationsentwickler, die Sozialmanager, die Betriebswirte.

Doch halt! Ich bin schon auf der zweiten Seite und stecke immer noch in den späten 1980er Jahren. Ich überspringe viele Jahre und mache einen Ausblick in die Gegenwart. Und alles war ja auch nicht rosig und in vielen Angelegenheiten war es ein bisschen wie „zwei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück“. Einrichtungen mussten geschlossen werden, wie etwa engagierte Arbeitsprojekte. Aber wichtige neue Einrichtungen entstanden, wieder demonstrativ zähle ich einige auf: Schuldenberatung, Frauen- und Kin-

derschutz, betreutes Wohnen. Die „Sozialschmarotzerdebatte“ war damals schon salonfähig und wurde besonders in den üblichen verdächtigen Medien gerne geführt. Josef Christian Aigner zitiert 1994 eine TED-Abstimmung, in der 82 % der Tiroler Befragten für Zucht- und Ordnungspapieren eintraten (Erziehung Heute 1987, 41). Die gesetzliche Lage war noch immer nicht in den Köpfen der ÖsterreicherInnen angekommen. Vergeblich wurde die gesellschaftliche und schulische Integration von Menschen mit besonderen Bedürfnissen eingemahnt. Ich kann mich gar nicht mehr erinnern, wie viele Sparpakete und Subventionskürzungen ich erlebt habe, ob nur angedroht oder real, die viele Trägervereine und SozialarbeiterInnen erzittern ließen. Die Bittstellerrolle der Sozialarbeit bleibt, auch wenn die modernen Buchhalter glauben, es genüge eine „Leistung“ zu verkaufen.

Aber immerhin: Die SozialarbeiterInnen-ausbildung ist im Hochschulsystem angekommen, lange genug hat es gedauert. Das freut mich!

Wir sind längst in der Zweiten Moderne angekommen. Ich möchte es mir nun leicht machen und aus der Resolution der Berliner Tagung Kritische Soziale Arbeit, vom Juni dieses Jahres, an der ich teilgenommen habe, zitieren. Damit ist (fast) alles gesagt. Eine persönlichere Auseinandersetzung habe ich ja erst vor kurzem im SIÖ geführt. (Kreidl in SIÖ 2011, 20ff.).

*Der demografische Wandel, der Umbau des Sozialstaates und die damit im Zusammenhang stehende stärkere Ökonomisierung der Arbeit sozialer Dienste und Einrichtungen führen zu gravierenden Veränderungen der Sozialen Arbeit insgesamt ... Soziale Arbeit und vor allem die ihr anvertrauten Menschen, stehen gesellschaftlich unter massiven Belastungen und Druck. Im Kampf um die Verteilung öffentlicher Mittel, Forderungen nach einer evidenzbasierten Sozialen Arbeit, einer gesellschaftlichen Rückkehr zu autoritären Strukturen und dem zunehmenden Wegfall öffentlich verfügbarer und gestaltbarer Räume, zeigen sich die Auswirkungen der zurückliegenden zwanzig Jahre neoliberaler Politik in Deutschland und des globalisierten Wirt-*

*schaftsliberalismus ...*

*Gesellschaftlich ausgegrenzte und marginalisierte Gruppen stehen dabei einem „aktivierenden Sozialstaat“ gegenüber, der die vermeintliche „Soziale Hängematte“ demontiert. Soziale Arbeit wird nun als „Auswuchs eines unbezahlbaren Sozialstaates alter Prägung“ verstanden, dem mittels Begriffen wie: „Neue Steuerung“, „Dienstleistungsorientierung“, „Qualitätsmanagement“ und Forderungen nach „erhöhter Effizienz“ gewissermaßen „Beine gemacht werden müsse“. Hier trifft der Druck auf die Betroffenen (z. B. MigrantInnen, Kinder, Jugendliche und Familien, Armutserfahrene, Schulverweigernde, Menschen mit psychischen Problemen, Arbeitslose, Drogenkonsumenten, Straffällige, Unangepasste...) auf eine höchst verunsicherte Soziale Arbeit, die sich teilweise nicht mehr in der Lage sieht, unvoreingenommen, spontan, AdressatInnen bezogen und flexibel Unterstützungsangebote gemeinsam mit den KlientInnen zu entwickeln.*

*Immer höhere Anforderungen werden der Sozialen Arbeit abverlangt: Unsicherheiten in der Förderung, massive Einsparquoten, Stellenabbau, ausufernde Dokumentations- und Abrechnungsprozesse, Einwerben von Drittmitteln und Spenden u.v.m.*  
(<http://www.einmischen.com/>)

Tatsächlich haben in der Praxis die SozialarbeiterInnen die Effizienzschere längst selber im Kopf. Die vorgegebenen Bedingungen und Einengungen werden weithin praktiziert und nicht weiter hinterfragt. Die angeblich zu knappen Kassen werden als Schicksalsschlag hingenommen und an ihren Hintergründen, also der Ungleichverteilung von Reichtum in unserer Gesellschaft wird nicht gerührt. Viele erschrecken. Aber sie schweigen. Viele leiden. Aber sie versuchen, nicht aufzufallen, um sich nicht auch noch zu gefährden.

In diesem Licht schließe ich mich der Aufforderung der TagungsteilnehmerInnen an: „Aufstehen – Widersprechen – Einmischen“.

Dr. Waltraud Kreidl

Fachhochschul-Lektorin und  
längjährige NEUSTART Mitarbeiterin

(<sup>1</sup>) Der Begriff Zweite Moderne wird gegenwärtig vom deutschen Soziologen Ulrich Beck für seine Thesen einer im Zuge der Globalisierung sich sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich-politischen verändernden Welt verwendet.

Die Zweite Moderne, die mit Ende des 20. Jahrhunderts begann, umfasst den Prozess der nunmehr fast allgegenwärtigen Globalisierung mit prekären Arbeitsverhältnissen sowie die Herausbildung einer Weltgesellschaft. (Seithe 2010, 39)

Literaturverzeichnis:

- Aigner Josef Christian in Erziehung Heute, Innsbruck 1994, Heft 3  
Aull Margret in: Horst Schreiber, Im Namen der Ordnung, Heimerziehung in Tirol, Innsbruck, Wien, Bozen 2010, S. 356  
Eberharter Herta in Erziehung Heute, Innsbruck 1987, Heft 1, S. 5  
Kreidl Waltraud/Gottfried Gabriel, Wer nicht mitspielt, kann gehen in: SIÖ, 2011, Heft 2, Wien 2011.  
Schlechter Hansjörg in Lutz Holzinger, Das Gespenst der Armut, Wien 2010  
Seithe Mechthild, Schwarzbuch Soziale Arbeit. VS Verlag für Sozialwissenschaften (Wiesbaden) 2010.

### Andrea Kneidinger und Jakob Wohlfarter

Informationen des Arbeitskreises „Fortbildungen“

Wie bereits im vergangenen Rundbrief angekündigt, wurden im Rahmen des obds – Landesgruppe Tirol inzwischen Arbeitsgruppen installiert, welche einerseits den Vorstand der Landesgruppe Tirol in der aktiven Tätigkeit entlasten, andererseits auch Mitgliedern, welche nicht aktiv im Vorstand mitarbeiten möchten, die Möglichkeit bieten, sich themenspezifisch im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu engagieren.

Eine dieser Arbeitsgruppe beschäftigt sich damit, regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen anzubieten, welche nach Möglichkeit alle Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit ansprechen sollen. Die Gründungssitzung fand mit Andrea Kneidinger, Marlies Tschalkner sowie Jakob Wohlfarter am 20. Juni 2011 statt. In den bereits erfolgten zwei Arbeitssitzungen wurde die weitere Vorgehensweise besprochen sowie die ersten Fortbildungen im Groben geplant.

Voraussichtlich werden in Folge jährlich vier, möglichst thematisch unterschiedliche Fortbildungen angeboten. Besonderes Augenmerk soll hierbei auf aktuelle Themen sowie relevante Erneuerungen im Bereich der Sozialarbeit gelegt werden.

Als erste Fortbildung ist bereits im Herbst 2011 eine Veranstaltung zum Thema „Gerichtsanträge seitens der Jugendwohlfahrt“ geplant.

In Folge wird es weitere Angebote, auch zum Thema Berufungsverfahren in der Mindestsicherung, geben, welche an die vergangene Fortbildung über die Grundzüge des Tiroler Mindestsicherungsgesetzes anschließt.

Die aktuellen Informationen zu den Fortbildungen sowie Einladungen beziehungsweise Veränderungen können momentan aus organisatorischen Gründen ausschließlich per E-Mail weitergeleitet werden. Aus diesem Grund möchten wir euch hiermit erneut aufrufen, eure E-Mail-Adressen sowie eventuelle Veränderungen bekannt zu geben.

Sollte eurerseits auch Interesse an einer Mitarbeit im Arbeitskreis „Fortbildungen“ bestehen, könnt ihr uns ebenfalls über [tirol@sozialarbeit.at](mailto:tirol@sozialarbeit.at) erreichen.

Auf spannende Fortbildungen und Feedback eurerseits freut sich der

Arbeitskreis „Fortbildungen“  
obds - Landesgruppe Tirol



**Christina Steixner, Philipp Bechter & Melanie Pirschner**  
*SchuSo Imst – vom Pilotprojekt zur fixen Installation. Tirolweiter Ausbau?*

Am 01.09.2008 startete die Schulsozialarbeit, finanziert durch das Land Tirol, als Pilotprojekt an fünf Imster Pflichtschulen. Zwei SozialarbeiterInnen, Mag.<sup>a</sup> (FH) Christina Steixner und Mag. (FH) Philipp Bechter, gaben sich den Namen „SchuSo“ und boten unter dem Motto „offen, freiwillig & vertraulich“ sozialarbeiterische Beratungstätigkeiten für ca. 1000 SchülerInnen, deren LehrerInnen und Eltern bzw. Erziehungsberechtigte an, machten ganzheitliche und nachhaltige Präventionsarbeit und standen auch in Krisen zur Verfügung.



Logo alt

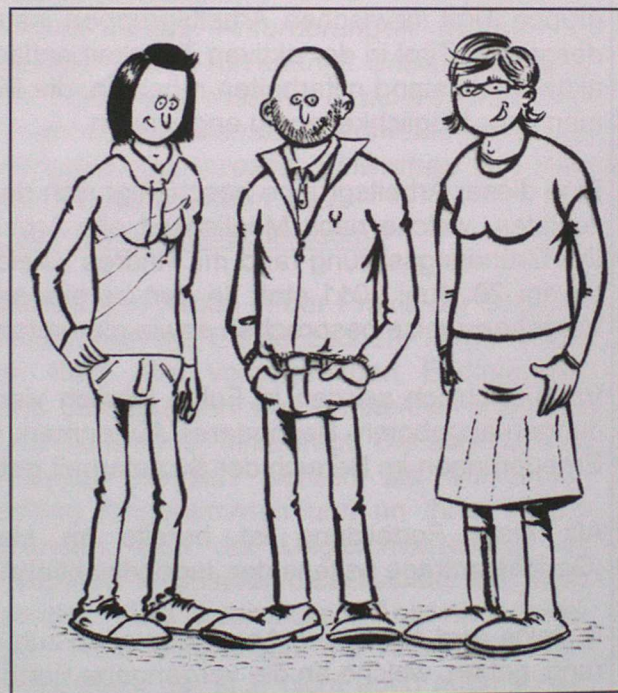
Dieses Angebot wurde, insbesondere von den SchülerInnen, sehr gut angenommen und für gut befunden – dies bestätigte sowohl die Statistik als auch der erste Evaluationsbericht

(<http://www.kinderschutz-tirol.at/schuso.html>).

Ebenso zufrieden waren die DirektorInnen und deren Lehrkörper – was zu einer Verlängerung des Pilotprojekts führte.

Das zweite Projekt- bzw. Schuljahr bewies, wiederum durch Zahlen und Fakten, die erneut in einem Evaluationsbericht zusammengefasst wurden, dass die Schulsozialarbeit Imst nicht mehr wegzudenken und auszubauen war.

Seit 01.01.2011 ist die „SchuSo – Schulsozialarbeit Imst“ fix installiert und durch Melanie Pirschner, Bsa, personell aufgestockt. Finanziert wird die zusätzliche Stelle durch die Gemeinde Imst bzw. dem Schulverband sowie ESF-Fördermittel. Seit Herbst 2011 profitiert auch die Bundeshandelsschule Imst vom Angebot der SchulsozialarbeiterInnen, die inzwischen für ca. 1100 SchülerInnen sowie deren Lehrkörper und Eltern bzw. Erziehungsberechtigte zuständig sind.



Logo neu

Die Beratungsthemen reichten 2008 als auch heute von Konflikten in der jeweiligen Peergroup, über Mobbing bis hin zu selbstverletzendem Verhalten, häuslicher und sexueller Gewalt.

*Anzahl der Beratungen, Interventionen im Klassenverband bzw. in der Peergroup und Präventionsprojekte im Vergleich:*

	2008/09	2009/10
Beratungen SchülerInnen	489	501
Anzahl SchülerInnen	278 (95 Burschen, 178 Mädchen)	269 (105 Burschen, 164 Mädchen)
MHS	116	110
SHS	66	109
HSO	55	45
PTS / SPZ	41	5
Beratungen Eltern / EB	72	60
Anzahl Eltern / EB	40	43
Interventionen Klasse / PG	60	54
Präventionsprojekte	33	70
Onlineberatung	36	30

*Anzahl der Beratungen, Interventionen im Klassenverband bzw. in der Peergroup und Präventionsprojekte Schuljahr 2010/11*

	2010/11
Beratungen SchülerInnen	919 (HSU 734, HSO 185)
Anzahl SchülerInnen	378 (169 Burschen, 209 Mädchen)
MHS	140
SHS	122
HSO	114
PTS/SPZ	2
Beratungen Eltern / EB	78
Anzahl Eltern / EB	57
Interventionen Klasse / PG	43
Präventionsprojekte	66 (inkl. 4 PTS)
Onlineberatung	48
AG „Schulmüdigkeit“ <sup>1</sup>	19

1) Arbeitsgruppe mit schulmüden Kindern und Jugendlichen, die Gefahr laufen, keinen positiven Schulabschluss zu erlangen.

Im Rahmen von Gemeinwesenarbeit hat die Schulsozialarbeit einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass die relevanten Institutionen und Vereine näher zusammenrücken. So konnte gemeinsam unter dem Motto „Ja! – Jugend aktiv Imst“ ein kostenloses Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche in und um Imst ins Leben gerufen werden.

Die Schulsozialarbeit ist und bleibt eine adäquate Hilfestellung für Kinder und Jugendliche im Lebensraum Schule – durch das niederschwellige Beratungsgebot sowie die nachhaltige Präventionsarbeit. Ebenso ist und bleibt sie eine Entlastung des Lehrkörpers und der Erziehungsberechtigten sowie ein Bindeglied zwischen Schule und Jugendwohlfahrt.

Während in anderen Bundesländern noch nach Trägern und/oder Modellen gesucht wird, hat Tirol schon seit inzwischen drei Jahren ein Erfolgsmodell vorzuweisen – welches inzwischen Österreichweit Lob und Anerkennung gefunden hat.

Die Geschäftsführerin der Tiroler Kinderschutz GmbH, Mag.<sup>a</sup> Karin Hüttemann, und ihre SchulsozialarbeiterInnen werden sich auch weiterhin für den tirolweiten Ausbau nach dem Imster Erfolgsmodell einsetzen – gemeinsam mit den zahlreichen UnterstützerInnen, denen an dieser Stelle gedankt sei.

SchuSo - Schulsozialarbeit Imst

Mag.<sup>a</sup> (FH) Christina Steixner,  
Mag. (FH) Philipp Bechter &  
Melanie Pirschner, B.A.

## GESCHWISTER IN DER FREMDUNTERBRINGUNG

Tagung  
30. November bis 1. Dezember 2011  
Haus der Begegnung, Innsbruck

Veranstalter:

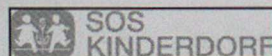
Sozialpädagogisches Institut (SPI)/Fachbereich Pädagogik/SOS-Kinderdorf

Informationen zum Programm und zur Anmeldung auf:

[www.spi.sos-kinderdorf.at/geschwistertagung](http://www.spi.sos-kinderdorf.at/geschwistertagung)

[anna.reitmeir@sos-kd.org](mailto:anna.reitmeir@sos-kd.org)

Tel +43 (0)512 5918 410



Bezahlte Anzeige

## Tätigkeitsbericht 2010/2011 obds – Landesgruppe Tirol...

... anlässlich der Generalversammlung im Juni 2011

Seit der letzten Vorstandssitzung im Mai 2010 haben 11 Vorstandssitzungen à 2 Stunden stattgefunden. Der aktuelle Vorstand des obds – Landesgruppe Tirol wird vertreten durch:

**Obmann:**  
Marco Uhl „NETZ“

**Obmann Stellvertr.:**  
Magdalena Melcher Dowas

**Kassierin:**  
Eva-Maria Hübner Juwo – Stadt Ibk

**BeirätInnen:**  
Jakob Wohlfarter Juwo – Schwaz  
Andrea Kneidinger Juwo – Stadt Ibk  
Myriam Antinori Lektorin am MCI  
Theresa Hutter MCI – Master Studiengang

**Wartung der homepage:**  
Kurt Mann Klinik Innsbruck

Um den Vorstand thematisch und strukturell zu entlasten, wurden zu verschiedenen Themen Arbeitsgruppen eingerichtet, die unabhängig von der Vorstandsarbeit tätig sind. Geleitet werden die Arbeitsgruppen von jeweils einem Vorstandsmitglied. Aktuell gibt es die Arbeitsgruppe SIT (Marco Uhl) und die Arbeitsgruppe Fortbildung (Jakob Wohlfarter). Eine weitere Arbeitsgruppe zu neuen Handlungsfeldern (Eva-Maria Hübner) ist geplant. Interessierte Mitglieder des obds – Landesgruppe Tirol haben die Möglichkeiten, in den Arbeitsgruppen mitzuarbeiten. Siehe auch Informationen auf Seite 31.

Werbung für neue Mitglieder sowie deren aktive Mitarbeit im Berufsverband wurde unter anderem durch ein Schreiben an alle Studierenden bzw. AbsolventInnen des MCI gemacht, andererseits versuchen wir nach Möglichkeit bei verschiedenen Veranstaltungen und Terminen direkt mit Studierenden diese für die Berufsverbandsmitgliedschaft bzw. -arbeit zu motivieren.

Die Vernetzung mit dem obds, die Vorbereitung für die 2 x jährlich stattfindenden Bundeskonferenzen (BUKO) sowie der Generalversammlung waren ebenso regelmäßig auf der Tagesordnung wie aktuelle Entwicklungen zum Thema Berufsgesetz.

Im Jugendwohlfahrtsbeirat des Landes Tirol wurde der obds-Landesgruppe Tirol bisher von Myriam Antinori vertreten, ab der kommenden Sitzung wird Andrea Kneidinger die Vertretung im JUWO-Beirat übernehmen. Auch über den Jugendwohlfahrtsbeirat hinaus waren die Problematiken der Arbeit in der Jugendwohlfahrt regelmäßig Thema in den Sitzungen.

Daneben hat uns ein zweites Thema das ganze Jahr über massiv beschäftigt: Nachdem die Polizei eine Klientin der Neustart-Bewährungshilfe abgehört und daraufhin Ermittlungen gegen die Bewährungshelferin wegen Betrug eingeleitet hat, wurde diese von Neustart entlassen.

Nach mittlerweile einem Jahr ist das Verfahren eingestellt, weil die Gesprächsprotokolle nicht verwertet werden dürfen und die Entlassung wurde inzwischen in eine „einvernehmliche“ Kündigung umgewandelt. Mehrere Mitarbeiterinnen haben nach diesem Vorfall den Verein verlassen. Ein Skandal bleibt es weiterhin. SozialarbeiterInnen und KlientInnen wurden nicht durch den Arbeitgeber vor illegitimen und illegalen Übergriffen der Polizei geschützt.

Der obds – Landesgruppe Tirol hat zu den Befugnissen der Polizei betreffend Abhörungen, Verwendung von Protokollen und Hausdurchsuchungen eine Anfrage an das Bundesministerium für Justiz gestellt (Anfrage und Antwort siehe SIT 84) und war laufend in Kontakt mit den betroffenen KollegInnen von Neustart.

Dieser Skandal war mittlerweile Thema im SIÖ vom Juli 2011 ebenso wie im Echo Tirol und in der Tiroler Tageszeitung.

Eine Informationsveranstaltung zur Rechtmäßigkeit von polizeilichen Maßnahmen bzw. der Verantwortung von Dienstgebern in der Sozialarbeit ist derzeit in Planung (Ende November).

Im Zuge der Einführung der bedarfsorientierte Mindestsicherung und des Tiroler Mindestsicherungsgesetzes gab es seitens des obds - Landesgruppe Tirol eine Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf des TMSG. Außerdem haben wir eine Fortbildungsveranstaltung zum TMSG in Wörgl durchgeführt (im Oberland gab es leider zu wenige InteressentInnen). Diese Fortbildung wird geplanter Weise Anfang 2012 eine Fortsetzung im Rahmen eines Berufsworkshops in Innsbruck haben.

Am Ausbildungssektor haben wir uns mit diversen möglicherweise geplanten Studien- oder Lehrgängen beschäftigt, soweit wir Zugang zu Curricula bzw. Informationen hatten. Welche Veränderungen die ersten AbsolventInnen der Master-Studiengänge für den Berufsverband und für die Praxis der Sozialarbeit bringen werden, wurde oft diskutiert und wird uns weiterhin beschäftigen (siehe auch S. 22).

Aufgrund der geplanten Änderungen im Zuge gesetzlicher Regelungen an Tiroler Krankenhäusern im Entlassungsmanagement bzw. Überleitungspflege (Pflegekräfte sollen zusätzlich zu den SozialarbeiterInnen verstärkt in die Vorbereitung von Entlassungen der PatientInnen aus der stationären Pflege eingebunden werden), gab und wird es weiter Kontakte mit KollegInnen aus der Praxis in den Krankenhäusern geben. Obwohl die Einbindung der Pflege aus unserer Sicht sinnvoll ist, muss verhindert werden, dass Stunden für SozialarbeiterInnen eingespart werden. Vielmehr soll ihnen dadurch ermöglicht werden, sich wieder verstärkt auf die Betreuung der stationären PatientInnen und ihr eigentliches Aufgabengebiet zu konzentrieren.

Nachdem der obds - Landesgruppe Tirol angefragt wurde, ob er als Träger eines neuen Projektes fungieren würde, haben wir uns einstimmig dagegen entschieden. Obwohl der obds (Dachverband) seinerseits als Träger von Projekten auftritt, haben wir uns als Landesgruppe prinzipiell

dafür entschieden, dies nicht zu tun, um möglichen Rollenkonflikten vorzubeugen.

Um die Öffentlichkeitsarbeit des obds - Landesgruppe Tirol zukünftig verbessern und verstärken zu können, haben die Vorstandsmitglieder eine halbtägige Fortbildung, geleitet von Hannes Schlosser, besucht. Weiters soll die Gestaltung einer facebook-Seite mehr Information und Austausch mit Mitgliedern und Interessierten ermöglichen bzw. Positionierungen des obds erleichtern.

Nachdem die Suchtberatung Tirol als Nachfolgeeinrichtung des BIT die Beratung und Betreuung von suchterkrankten bzw. suchtgefährdeten Menschen übernommen hat, wurde offensichtlich, dass keine SozialarbeiterInnen mehr angestellt wurden und die Suchtberatung Tirol derzeit keine Anerkennung nach § 15 SMG hat. Eine Anfrage an den zuständigen Suchtkoordinator und Geschäftsführer der Suchtberatung Tirol, Harald Kern, und den zuständigen Landesrat Gerhard Reheis blieb bislang unbeantwortet. Seitens des obds - Landesgruppe Tirol wird weiterhin versucht, diesbezüglich Interventionen zu setzen und Rückmeldungen durch die Verantwortlichen zu erhalten.

Für den Vorstand  
Magdalena Melcher



Abb. aus SIT Nr. 1/1986

## Liebe Berufsverbandsmitglieder!

In meiner Funktion als Kassierin erlaube ich mir wieder einmal darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig eine pünktliche Zahlung des Mitgliedsbeitrages ist. Wir sind verpflichtet vierteljährlich Beiträge nach Wien abzuführen, die benötigt werden, um die Struktur des Dachverbandes aufrecht erhalten zu können.

Für uns wäre es auch wichtig, möglichst rasch darüber informiert zu werden, sollte sich ein etwaiger Mitgliedsstatus (z. B. von Vollmitglied auf Karenz) verändern, da die nach Wien abzuführenden Beiträge anhand des Status berechnet werden und es sein kann, dass bei Nichtänderung unnötigerweise zu hohe Beiträge überwiesen werden.

Die derzeit gültigen Beiträge sind folgende:

Bei einem Nettogehalt bis € 1.000.- jährlich € 65.-  
Bei einem Nettogehalt von € 1.001.- bis € 1.400.- jährlich € 85.-  
Bei einem Nettogehalt von über € 1.401.- jährlich € 95.-  
Studierende Mitglieder/ Karenz jährlich € 29.-

Bankverbindung:

obds Landesgruppe Tirol / Tiroler Sparkassen / BLZ: 20503, Kto. Nr. 0000 - 018259

Vielen Dank an alle bisherigen gewissenhaften Mitglieder und natürlich auch all jenen, die jetzt schnell ihre Einzahlung erledigen ☺!

Liebe Grüße!

Eva-Maria Hübner

## Andrea Trenkwald-Egger

Was ist Sozialarbeit?

Bevor ich darauf antworte was Sozialarbeit für mich ist, möchte ich kurz auf mein Menschenbild eingehen.

Für mich zeichnen sich Männer und Frauen dahingehend aus, dass sie miteinander in Beziehung stehen, und voneinander abhängig sind, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Bedürfnisse sind innere Spannungszustände, die dann auftreten, wenn der Organismus sich in einem Ungleichgewicht befindet. Dieses Ungleichgewicht wird oft in Form von Gefühlen wie Hunger, Ärger oder Wut und dergleichen wahrgenommen.

Bedürfnisse sind zu unterscheiden in soziale Bedürfnisse (nach Gerechtigkeit, nach Teilhabe usw.), psychische Bedürfnisse (nach Abwechslung, Orientierung usw.) und physische Bedürfnisse (Nahrung, Kleidung, Schutz usw.).

In modernen Gesellschaften wird die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse vielfach über den Markt organisiert. Aber nicht alle Mitglieder der Gesellschaft besitzen attraktive Güter, die sie am Markt zum Tausch anbieten können.

Ein großer Teil der Gesellschaft ist zu jung, zu alt oder wird aus anderen Gründen vom Marktgeschehen ausgeschlossen. Vor allem dann, wenn andere Systeme wie Gemeinschaften nicht (mehr) in der Lage sind (oder niemals in der Lage waren), die Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder sicherzustellen, ist die Soziale Arbeit gefordert:

- den Mangel an befriedigten Bedürfnissen wahrzunehmen,
- die Befriedigung sicherzustellen,
- Wege zu finden, dass in Zukunft die Bedürfnisbefriedigung strukturell verankert wird.


Sozialarbeit ist in diesem Sinne keine Arbeit, die sich an so genannte „Randgruppen“ orientiert, da jeder und jede im Lauf ihres Lebens vom Marktgeschehen ausgeschlossen war bzw. sein wird. Be-

dürftigkeit ist nicht die Ausnahme, sondern die Norm in jedem menschlichen Leben.

Es geht daher in meiner Definition der Sozialen Arbeit nicht darum Klienten und Klientinnen in die Gesellschaft zu „inkludieren“, da jeder Mensch schon von vornherein Teil der menschlichen Gemeinschaft ist und daher per se nicht ausgeschlossen werden kann. Vielmehr geht es darum die Teilhabe an den gesellschaftlichen Gütern sicherzustellen und falls notwendig neue, effektive und effiziente Verteilungsmechanismen (wie zum Beispiel das bedingungslose Grundeinkommen) zu entwickeln.

DSA Mag.<sup>a</sup> Andrea Trenkwald-Egger

Fachhochschul-Lektorin  
und langjährig aktiv im Vorstand tätig  
IFSW-Delegierte

 **Stellenausschreibung**  
(70-2011/72)

Bei der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck, Referat Jugendwohlfahrt, ist die Planstelle

**einer Sozialarbeiterin/eines Sozialarbeiters**

der Modellfunktion Sozialer/Medizinisch-Technischer/Pädagogischer Fachdienst (SOFD) mit einem Beschäftigungsausmaß von 30 bis 40 Wochenstunden zu besetzen.  
Von den BewerberInnen werden folgende Voraussetzungen erwartet:

- Diplom einer Akademie für Sozialarbeit oder abgeschlossenes Studium an einer
- Fachhochschule für Soziale Arbeit
- Führerschein B erwünscht
- Praxis in der Sozialarbeit von Vorteil

Bewerbungen sind bis **spätestens 18. November 2011** beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Organisation und Personal, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, 6020 Innsbruck, unter der angegebenen Aktenzahl, einzubringen.  
Gemäß § 7 des Landes-Gleichbehandlungsgesetzes 2005 werden insbesondere Frauen eingeladen, sich zu bewerben.

Für allfällige Fragen erhalten Sie Auskünfte von Frau Dr. Eva Domoradzki, Tel.Nr. 0512/5344, DW 6211 oder 6212.

Für die Landesregierung:  
Dr. Johannes Pezzei

## Magdalena Melcher

Das letzte für SIT 85 – 25 Jahre Sozialarbeit in Tirol 1986 bis 2011

An dieser Stelle 25 Jahre Sozialarbeit in Tirol umfassend zu kommentieren ist mir nicht möglich, daher beschränke ich mich auf ein paar subjektiv ausgewählte Punkte.

Aus dem Tiroler Sozialhilfegesetz, abgelöst durch das Tiroler Grundsicherungsgesetz wurde mittlerweile das Tiroler Mindestsicherungsgesetz. An den bestehenden Problemen, auch den behördlichen Vollzug betreffend, hat das leider kaum etwas geändert. Unwesentlich verändert hat sich in der öffentlichen medialen Debatte leider auch das Bild jener, die auf Unterstützung aus den Mitteln der Sozialhilfe angewiesen sind – die „Sozialschmarotzer“ von früher liegen jetzt in der „Hängematte“... Aus dem 10seitigen Ratgeber „Lei(d)faden für Sozialhilfeträgersteller“ (SIT 5, Mai 1987) wurde jedoch eine umfassende Informationshomepage ([www.mindestsicherungstirol.at](http://www.mindestsicherungstirol.at)).

Abgesehen von zahlreichen Einrichtungen, die in diesen 25 Jahren entstanden sind (ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Aids Hilfe Tirol 1986, IWO 1988, KIZ 1993, Chill Out 1999, Unabhängige Rechtsberatung für Flüchtlinge der Diakonie 2009) haben sich leider auch Angebote entwickelt, die sehr



Abb. Aus SIT Nr. 56/2000

kritisch zu hinterfragen sind – hier möchte ich exemplarisch die Entstehung der Sozialmärkte in den letzten Jahren nennen und zum Nachlesen auf einen Artikel auf [http://www.aktive-arbeitslose.at/news/20110818\\_wiener\\_tafel\\_stinker.html](http://www.aktive-arbeitslose.at/news/20110818_wiener_tafel_stinker.html) bzw. das SIT 69 hinweisen.

Leider wurden in den letzten 25 Jahren auch wichtige Einrichtungen geschlossen – erwähnt sei hier als Beispiel die ARGE Schubhaft, deren Ausschluss aus der Schubhaftbetreuung seit dem Jahr 2005 eine große Lücke in diesem Angebotsbereich hinterlassen hat. Informationen zur ARGE Schubhaft bzw. zum Projekt Fluchtpunkt gibt es auf der homepage <http://www.fluchtpunkt.org/>. Andere Einrichtungen wiederum haben mittlerweile ihr Angebot so drastisch reduziert, dass dem Bedarf der KlientInnen bei weitem nicht mehr entsprochen werden kann bzw. wenden sich mit veränderten Angeboten an Zielgruppen, die „sich besser verkaufen lassen“.

Die Erfahrungen der letzten Jahre in der Sozialarbeit zeigt auch, dass SozialarbeiterInnen und BeraterInnen sich zunehmend als „case-managerInnen“ zwar dafür geeignet sehen, Problemlagen zu erkennen und KlientInnen an andere Einrichtungen weiterzuvermitteln, sich allerdings selber nicht mehr zuständig für „Basic Sozialarbeit“ sehen. Zahlreiche KlientInnen werden durch diesen erzwungenen „Hürdenlauf“ durch verschiedene Einrichtungen abgeschreckt bzw. gehen am Weg „verloren“. In den letzten Jahren haben sich außerdem viele spezialisierte Angebote entwickelt. Eine Spezialisierung ist in manchen Bereichen unbestritten notwendig und sinnvoll, allerdings sind spezialisierte Einrichtungen für zahlreiche Menschen eine zu große Hürde, und sie bleiben daher ohne Unterstützung.

Hier muss es dringend wieder zu einem Umdenken und einem anderen Selbstverständnis von Sozialarbeit kommen. Es braucht bei aller Spezialisierung genügend GeneralistInnen, die es als ihren Auftrag sehen, sich um-

## Magdalena Melcher

Fortsetzung „Das Letzte“

fassend mit den Anliegen der KlientInnen zu befassen. Und vor allem braucht es

**SozialarbeiterInnen**  
und nicht  
**SozialvermittlerInnen!**

Von den zahlreichen Arbeitskreisen und Vernetzungen, die im Laufe der Zeit entstanden sind (und sich zum Teil auch wieder aufgelöst haben), möchte ich den SPAK Tirol als konstantes und wichtiges Gremium hervorheben, das seit der Gründung 1985 in vielen Themenbereichen wichtige sozialpolitische Arbeit leistet. Der Arbeitskreis Wohnen ist zwar nicht mehr aktiv, hat sich in den vergangenen Jahren, unter anderem aber immer wieder kritisch

zur Situation wohnungsloser Menschen in Tirol und zu Standards bei den Angeboten der Wohnungslosenhilfe positioniert.

Erwähnt werden muss an dieser Stelle aber auch, dass in den letzten Jahren viele Einrichtungen bzw. Institutionen Vernetzung auf MitarbeiterInnenebene nicht wünschen und Sozialarbeit auf KlientInnenarbeit reduziert sehen wollen. Die MitarbeiterInnen selbst haben sich zum Teil – aus verschiedensten Gründen – leider damit abgefunden und aufgehört, dafür zu kämpfen, dass sozialpolitische (Gremial)Arbeit Teil von Sozialarbeit sein muss.

Magdalena Melcher  
Obmann-Stellvertreterin, DOWAS



Abb. aus SIT Nr. 48/1998